

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Budget 2009**

Datum: 9. September 2008

Nummer: 2008-199

Bemerkungen: **Verlauf dieses Geschäfts**

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2008/199

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

betreffend Budget 2009

vom 09. September 2008

Auf der Basis von § 32 des Finanzhaushaltsgesetzes¹ legt der Regierungsrat das Budget für das Haushaltsjahr 2009 vor. Dem Voranschlag ist der Finanzplan² für die Jahre 2009 – 2012 beigelegt. Gemäss § 19^{bis} Steuergesetz³ legt der Landrat aufgrund des beschlossenen Voranschlags jährlich den kantonalen Einkommenssteuernfuss für das folgende Steuerjahr fest.

INHALTSVERZEICHNIS

1	ÜBERSICHT UND WERTUNG	4
1.1	GESAMTÜBERSICHT	4
1.2	WÜRDIGUNG.....	6
1.3	BEURTEILUNG VON STANDARD & POOR'S.....	8
2	RAHMENBEDINGUNGEN	8
2.1	VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN.....	8
2.2	FINANZLAGE DES BUNDES	9
2.3	FINANZLAGE DER BASELBIETER GEMEINDEN	10
3	WICHTIGE EINFLUSSFAKTOREN IM VORANSCHLAG 2009	10
3.1	REVISION ERBSCHAFTS- UND SCHENKUNGSSTEUER.....	10
3.2	RESSOURCENAUSGLEICH NFA	10
4	DEFIZITBREMSE	11
5	DETAILS ZUM VORANSCHLAG 2009	13
5.1	LAUFENDER AUFWAND NACH KONTOGRUPPEN	13
5.2	LAUFENDER ERTRAG NACH KONTOGRUPPEN.....	16
6	INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT	19
6.1	BEDEUTUNG	19
6.2	LEISTUNGSAUSTAUSCH MIT BASEL-STADT.....	19
6.3	BERICHTERSTATTUNG ZUM BUDGET VON GEMEINSAMEN TRÄGERSCHAFTEN	21
7	INVESTITIONSRECHNUNG	22
7.1	INVESTITIONSNIVEAU.....	22
7.2	INVESTITIONSBUDGET 2009.....	26

¹ SGS 310

² § 31 Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310)

³ SGS 331

	2
7.3 INVESTITIONSPROGRAMM 2010 BIS 2018	27
8 FINANZIERUNGSSALDO UND VERSCHULDUNG	28
9 FINANZPLAN 2009 – 2012	29
10 GEÄNDERTE LEISTUNGSaufTRÄGE.....	31
11 ABSCHREIBUNG DER MOTION VON KARL WILLIMANN, SVP: SCHULDENABBAU DES KANTONS IN GUTEN ZEITEN ANGEHEN (2007-307)	32
12 ANTRÄGE	36
13 A ANHANG.....	37
14 A.1 ENTWICKLUNG STAATSHAUSHALT UND KENNZAHLEN	37
14.1 A.1.1 ENTWICKLUNG STAATSHAUSHALT	37
14.2 A. 1.2 WEITERE FINANZKENNZAHLEN.....	40
15 A.2 GLOSSAR.....	42
16 A.3 GRAPHIK ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN LAUFENDER RECHNUNG, INVESTITIONSRECHNUNG, FINANZIERUNGSRECHNUNG UND BILANZ	45

TABELLENVERZEICHNIS:

<i>Tabelle 1: Übersicht über den Voranschlag 2009.</i>	4
<i>Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Eckwerte.</i>	8
<i>Tabelle 3: Eckdaten der Defizitbremse im Voranschlag 2009.....</i>	12
<i>Tabelle 4: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.</i>	13
<i>Tabelle 5: Entwicklung der Vollstellen.....</i>	14
<i>Tabelle 6: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.</i>	16
<i>Tabelle 7: Steuererträge gegliedert nach Arten.</i>	17
<i>Tabelle 8: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.....</i>	20
<i>Tabelle 9: Investitionen im weiteren Sinne.....</i>	22
<i>Tabelle 10: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte (Investitionsausg. in Mio. Fr)....</i>	27
<i>Tabelle 11: Prognose der wirtschaftlichen Eckdaten (BAK, Stand Juli 2008) für die Finanzplanperiode.....</i>	29
<i>Tabelle 12: Finanzplan 2009-2012.....</i>	30
<i>Tabelle 13: Bilanz per 31.12.2007, in Mio. Fr.....</i>	34
<i>Tabelle 14: Finanzkennzahlen.</i>	40
<i>Tabelle 15: Definition Finanzkennzahlen.</i>	41

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

<i>Abbildung 1: Struktur der Ertrags- und Aufwandseite des Voranschlags 2009.....</i>	5
<i>Abbildung 2: Ressourcenindex 2009 der Kantone.....</i>	11
<i>Abbildung 3: Entwicklung von Abgeltungen und Beiträgen an gemeinsame Aufgaben mit BS ...</i>	20
<i>Abbildung 4: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter..</i>	24
<i>Abbildung 5: Pro-Kopf-Investitionsausgaben Kanton und Gemeinden 2006, Fr. pro Kopf</i>	25
<i>Abbildung 6: Entwicklung der Baupreise.....</i>	25
<i>Abbildung 7: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Budgetjahre 2008/2009. ..</i>	26
<i>Abbildung 8: Entwicklung der mittel- und langfristigen Schulden.....</i>	33

<i>Abbildung 9: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad</i>	37
<i>Abbildung 10: Entwicklung Saldo der Laufenden Rechnung und Wirtschaftswachstum</i>	38
<i>Abbildung 11: Entwicklung Finanzierungssaldo</i>	38
<i>Abbildung 12: Entwicklung Eigenkapital</i>	39
<i>Abbildung 13: Entwicklung Nettoinvestitionen</i>	39

1 Übersicht und Wertung

1.1 Gesamtübersicht

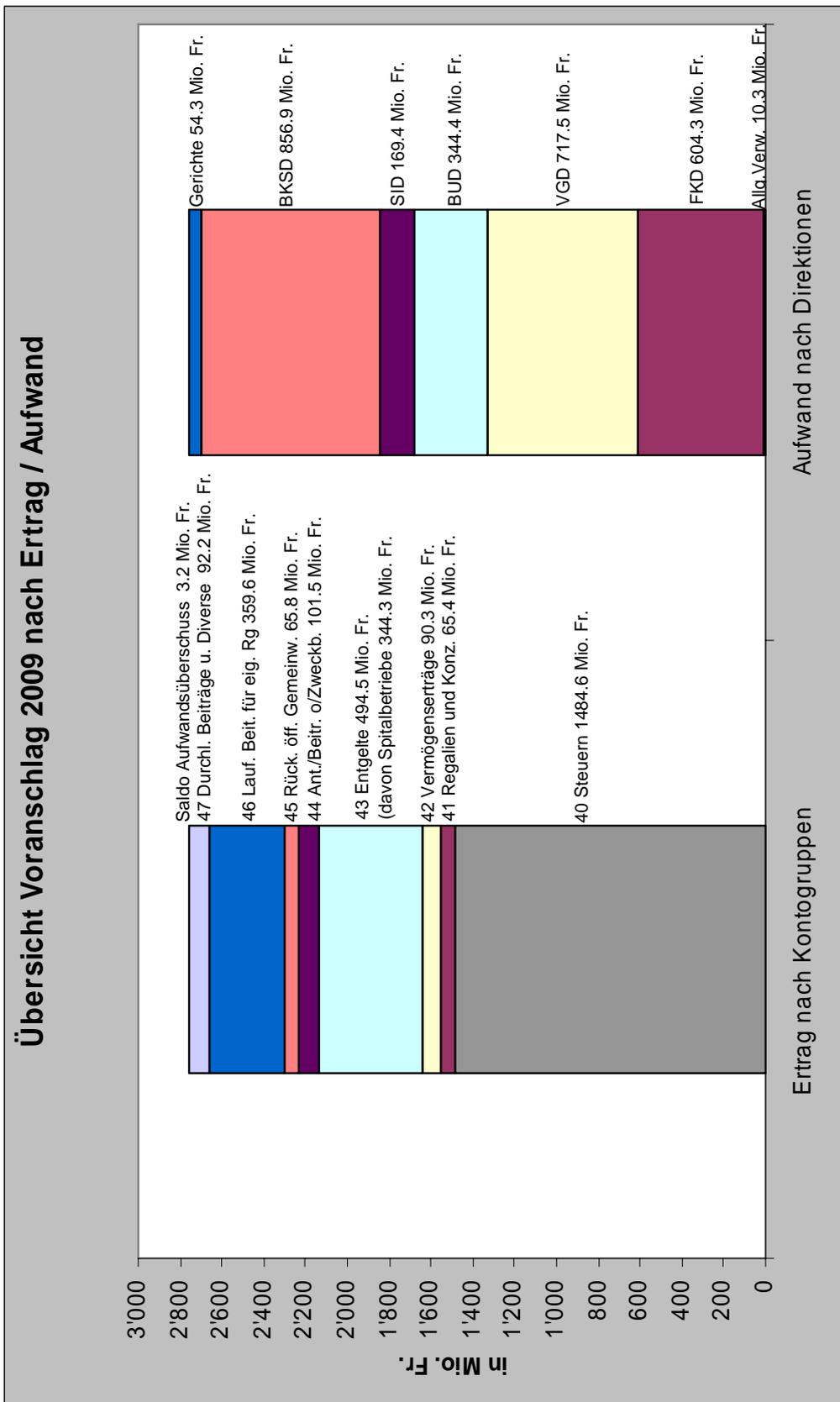
Mit einem Defizit von 3.2 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung 2009 wird ein praktisch ausgeglichenes Budget vorgelegt. Die Gesamtrechnung präsentiert sich im Voranschlag 2009 wie folgt:

Table 1: Übersicht über den Voranschlag 2009.

in Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008	Budget 2009	Abweichung vom Vorjahr	
Laufende Rechnung					
Aufwand	2'728.4	2'700.1	2'757.2	57.1	2.1%
Ertrag	2'750.9	2'704.0	2'754.0	50.0	1.8%
Saldo Laufende Rechnung	22.5	3.9	-3.2	-7.1	
Investitionsrechnung					
Ausgaben	218.7	226.0	294.8	68.7	30.4%
Einnahmen	97.0	96.2	121.1	25.0	26.0%
Nettoinvestitionen	-121.7	-129.9	-173.7	-43.8	
Selbstfinanzierung (Abschreibungen: 97.8 Mio. Fr.)	135.7	100.7	94.6	-6.1	-6.1%
Finanzierungssaldo	13.9	-29.2	-79.1	-49.9	171.1%
Selbstfinanzierungsgrad (%)	111.5	77.5	54.5	-23.1	-29.8%

Die nachfolgende Abbildung zeigt eine Gegenüberstellung der Ertragsseite des Voranschlags 2009 und der Aufwandseite (unterteilt nach Direktionen). Die Reihenfolge der beiden Balken ist zufällig gewählt, da lediglich eine optische Verhältnisveranschaulichung gezeigt werden soll.

Den grössten Anteil am Aufwand beansprucht die Bildungs- Kultur- und Sportdirektion mit knapp einem Drittel, gefolgt von der Volkswirtschaft- und Gesundheitsdirektion mit einem Aufwandanteil von 26 Prozent. Die Steuern machen mit 54 Prozent mehr als die Hälfte des Gesamtertrags aus, die Entgelte und Gebühren belaufen sich auf 18 Prozent des Gesamtertrags. Dabei muss berücksichtigt werden, dass im Spitalbereich Entgelte im Umfang von 344.3 Mio. Fr. vereinnahmt werden; die restlichen Entgelte (Gebühren für Amtshandlungen und für sonstige Dienstleistungen und Bussen) machen 150.2 Mio. Franken oder ca. 5.5 Prozent des Gesamtertrags aus.

Abbildung 1: Struktur der Ertrags- und Aufwandseite des Voranschlags 2009.⁴

⁴ Massstäbliche Darstellung.

Als Grobüberblick wird nachfolgend auf die wichtigsten Eckwerte des Voranschlags 2009 eingegangen.

Laufende Rechnung 2009

Mit einem Aufwandüberschuss von 3.2 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung 2009 ist das Budget praktisch ausgeglichen. Das Gesamtergebnis ist auf den im Budget 2009 zu bewältigenden Teuerungsschub und auf die grosse Budgetdisziplin aller Organisationseinheiten zurückzuführen. Der laufende Aufwand wächst mit 2.1% deutlich langsamer als die Wirtschaft. Hingegen steigen die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons infolge der starken Zunahme der Investitionsausgaben leicht stärker als das Volkseinkommen, was sich in einer Zunahme der Staatsquote um 0.2 Prozentpunkte niederschlägt.

Der laufende Ertrag steigt gegenüber dem Vorjahresbudget um 50 Mio. Franken oder 1.8%. Der Aufwandsüberschuss führt zu einer gegenüber dem Vorjahr um 6.1 Mio. Franken tiefere Selbstfinanzierung.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung konnte von der Bau- und Umweltschutzdirektion noch nicht fertiggestellt werden, aus diesem Grund werden hier die Zahlen aus der 2. Lesung verwendet.

Gegenüber dem Vorjahr steigen die Nettoinvestitionen voraussichtlich um 43.8 Mio. Franken auf 173.7 Mio. Franken an.

Selbstfinanzierung (Saldo Laufende Rechnung plus Abschreibungen Verwaltungsvermögen)

Die Selbstfinanzierung sinkt gegenüber dem Vorjahr auf 94.6 Mio. Franken.

Selbstfinanzierungsgrad (Selbstfinanzierung im Verhältnis zu Nettoinvestitionen)

Die höheren Nettoinvestitionen führen zu einem im Vorjahresvergleich tieferen Selbstfinanzierungsgrad. Die Zielgrösse, wonach der Selbstfinanzierungsgrad im mehrjährigen Durchschnitt mindestens 75% erreichen soll, wird trotzdem weiterhin erfüllt: Für die Periode 2006-2009 beträgt der Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrades rund 100%.

Finanzierungssaldo (Selbstfinanzierung abzüglich Nettoinvestitionen)

Das Budget 2009 führt zu einer Neuverschuldung (Finanzierungssaldo) von 79 Mio. Franken.

Im Anhang wird die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand der wichtigsten Kennzahlen grafisch aufgezeigt. Ebenfalls im Anhang befindet sich ein Glossar mit den Definitionen der wichtigsten Begriffe.

1.2 Würdigung

Mit der "roten Null" im Voranschlag 2009 wird die solide Haushaltsentwicklung des Kantons fortgesetzt. Der Voranschlag 2009 ist der erste Voranschlag unter dem Regime der Defizitbremse, welche auf 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt worden ist. Die Vorgaben der Defizitbremse werden erfüllt; der Regierungsrat beantragt dem Landrat, den Steuerfuss unverändert bei 100% zu belassen. Der Voranschlag 2009 zeigt, dass die in den beiden vergangenen Jahren umgesetzten Steuerreformen (steuerliche Entlastung von Familien und tiefen Einkommen per 1. Januar 2007 und Unternehmenssteuerreform per 1. Januar 2008) verkraftbar sind. Im Jahr 2009 soll eine weitere Steuerreform umgesetzt werden (per 1. Juli 2009): Mit einer Milderung der Steuerbelastung

bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer wird die Attraktivität des Kantons Basel-Landschaft als Wirtschafts- und Wohnstandort weiter erhöht.

Der Voranschlag 2009 unterstützt die Legislaturziele Erhöhung Standortattraktivität und Nachhaltigkeit auch im Investitionsbereich. Die Bruttoinvestitionsausgaben und damit auch das Niveau der Nettoinvestitionen werden gezielt aufgrund von strategisch wichtigen Projekten erhöht. Bei den Spitalbetrieben und bei den Verwaltungsbauten werden grössere Instandsetzungsprojekte in Angriff genommen. Im Jahr 2009 sind zudem Investitionsausgaben für den Neubau Bruderholzsipital vorgesehen. Das Universitätskinderspital beider Basel ist im Bau und soll 2010 eröffnet werden. Im Tiefbau wird der Bau der H2 als wichtige Verkehrsachse zur Erreichbarkeit des Oberbaselbiets mit grosser Intensität vorwärtsgetrieben.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor guten Wirtschaftslage sollte der Baselbieter Finanzhaushalt im Jahr 2009 eigentlich einen Ertragsüberschuss ausweisen. Während die Organisationseinheiten mit einer hohen Ausgabendisziplin budgetiert haben, ist es der im Jahr 2008 eingetretene Teuerungsschub (die Budgeteckwerte gehen von einer Jahresdurchschnittsteuerung von 2.6 Prozent aus), der zu erheblichen Mehrkosten führt.

Das Jahr 2009 ist das zweite Jahr, in welchem das neue Finanzausgleichsregime zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft ist. Der Ressourcenindex des Kantons Basel-Landschaft ist im Jahr 2009 um 1.3 Prozentpunkte auf 102.5 Prozent gesunken, was zu einer Entlastung im Budget 2009 von rund 5 Mio. Franken führt.

Im Jahr 2009 werden Schuldscheindarlehen im Umfang von 100 Mio. Franken fällig, welche mit dem Vermögen aus der Ausschüttung des überschüssigen Nationalbankgewinnes getilgt werden können. Der seit 2004 verfolgte Schuldenabbau kann damit konsequent weitergeführt werden. Der Regierungsrat beantragt deshalb, dass die als Postulat überwiesene Motion von Karl Willimann ([2007-307](#)) mit dem Voranschlag 2009 als erfüllt abgeschrieben wird.

Im Jahr 2009 werden die Anstrengungen zur Verbesserung der Führungsinstrumente fortgeführt. Im Zuge der Einführung einer neuen Software für das Finanz-, Rechnungs- und Personalwesen (auf 1.1.2010) werden das Rechnungswesen, das Controlling und das Personalwesen weiterentwickelt. Mit der Schaffung einer kantonalen Namens- und Adressdatenbank (KANADA) werden Doppelspurigkeiten in der Datenhaltung vermieden und die vom Bund vorgeschriebene Harmonisierung der Einwohnerregister realisiert. In den Spitalbetrieben sind die Umsetzungsarbeiten zur Umsetzung der Swiss DRG im Rahmen der KVG-Revision und die damit notwendige Einführung des Prozessmanagements im Gange.

Der Finanzplan 2009-2012 zeigt ab 2011 eine steigende Anspannung auf. Beim Wirtschaftswachstum wird von einem weiterhin stabilen Wachstum in der Höhe der langfristigen Wachstumskurve ausgegangen. Die KVG-Revision und die weiteren geplanten Steuerentlastungen aufgrund der Unternehmenssteuerreform II des Bundes führen dazu, dass sich die prognostizierten Defizite ab 2011 auf rund 80 Mio. Fr. belaufen. Der Finanzplan zeigt die unbeeinflusste Finanzentwicklung, wenn alle angemeldeten und geplanten Vorhaben realisiert werden. Der Regierungsrat ist gewillt, die Ausgabendisziplin aufrechtzuerhalten und die Übernahme von neuen Aufgaben aufgrund ihres Beitrags zur Standortattraktivität zu priorisieren.

1.3 Beurteilung von Standard & Poor's

Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat das Rating des Kantons im Jahr 2008 überprüft. Im Rating-Bericht (neu in Deutsch verfasst und abrufbar unter www.bl.ch/Regierungsrat/ Publikationen) wird begründet, wieso der Kanton weiterhin in die beste Bonitätskategorie AAA eingestuft wird. Standard & Poor's beurteilt die Finanzlage des Kantons aufgrund der in den letzten Jahren erzielten Überschüsse als sehr solide. Die hohe Qualifikation des Managements und das konservative Finanzleitbild, welches einen Haushaltsausgleich anstrebt, eine vorsichtige Planung umfasst und die Kompensation von unvorhergesehenen Ausgaben durch Einsparungen vorsieht, wird als wesentliche Stärke des Kantons angesehen.

Positiv gewürdigt wird auch die überdurchschnittliche Wirtschaftskraft des Kantons im internationalen Kontext. Die Wachstumschancen werden aufgrund der zunehmend diversifizierten Basellandschaftlichen Volkswirtschaft und der starken Position in den Bereichen Pharma, Chemie und Life Sciences als überdurchschnittlich angesehen. Dass der Kanton Basel-Landschaft als ressourcenstarker Kanton ein Nettozahler im nationalen Finanzausgleichssystem ist, wird ebenfalls als positiver Ratingfaktor gewertet.

Der Ausblick ist stabil, da Standard & Poor's erwartet, dass der Kanton auch weiterhin einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erzielen wird und allfällige weitere Steuerentlastungen im Rahmen des Finanzleitbilds umsetzen wird. Die jüngst in Kraft gesetzte Defizitbremse unterstützt den positiven Haushaltskurs zusätzlich. Es ist absehbar, dass die Schulden in den kommenden Jahren um rund 300 Mio. Franken reduziert werden können. Sollte der Finanzhaushalt wieder in die Defizite abgleiten, könnte die Höchstnote gefährdet sein.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nachfolgende Tabelle veranschaulicht in einer Mehrjahresübersicht die volkswirtschaftlichen Eckwerte.

Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Eckwerte.

Veränderungen in %	2006	2007	2008	2009
Bruttoinlandprodukt Schweiz, real	2.7	3.1	2.0	1.6
Bruttoinlandprodukt Schweiz, nominell	4.2	4.1	4.2	3.0
Allg. Konsumentenpreisteuerung	1.1	0.7	2.6	1.6
Arbeitslosenquote	3.3	2.8	2.5	2.5
Kapitalmarktzins (Rendite Bundesoblig. 10 Jahre)	2.5	2.6	2.9	3.0

Quellen: Konjunkturprognoseinstitute/Bundesamt für Statistik

Die Aussichten der Schweizer Wirtschaft für das Jahr 2009 und die Folgejahre sind schwer einzuschätzen. Die Prognoserisiken sind gestiegen. Ein bedeutender Unsicherheitsfaktor für die Schweizer Konjunktur stellen die Entwicklung der internationalen Finanzmarktkrise und die Erdölpreise dar.

Trotz der schwächeren Weltkonjunktur hat der Euroraum im ersten Quartal 2008, besonders wegen der deutschen Wirtschaft eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen. Die weltwirtschaftlichen Wachstumsprognosen haben sich jedoch seither verschlechtert. Hauptgrund ist die permanente Aufwärtsbewegung der Öl- und Nahrungsmittelpreise. Angesichts dieser unsicheren internationalen Rahmenbedingungen liegt die Wachstumsprognose des Schweizer realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2008 bei 2.0% (2007: 3.1%). Für das Jahr 2009 wird eine weitere Abschwächung erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt soll dann 1.6% betragen. Ein Einbruch der Konjunktur ist nicht zu erwarten, jedoch eine Konjunkturverlangsamung.

Der Aufwärtstrend der Rohstoffpreise birgt Inflationsrisiken. Für das Jahr 2008 ist ein höherer Anstieg der Konsumentenpreise zu verzeichnen als erwartet und auch 2009 wird mit einem kräftigen Wachstum von 1.6% gerechnet. Für das Jahr 2008 wird die Teuerungsrate auf 2.6% geschätzt, welche gegenüber dem Vorjahr (2007: 0.7%) beachtlich angestiegen ist. Eine höhere Teuerung gegenüber der Basisprognose kann aufgrund der unsicheren Situation an den Rohstoffmärkten nicht ausgeschlossen werden. Sollten die Energiepreise weiter ansteigen, ist ein verstärkter Preisauftrieb zu erwarten. Andererseits könnte der Inflationsdruck bei einer weltweit nachlassenden Wirtschaftsdynamik abnehmen. Momentan geht man jedoch von einer vorübergehenden hohen Inflation aus.

Bisher ist die Schweizer Wirtschaft in einer robusten Verfassung. Dazu trägt vor allem der Privatkonsum bei, welcher durch die positive Arbeitsmarktentwicklung begünstigt wird. Die Kaufkraft dürfte jedoch vor dem Hintergrund der nachlassenden Dynamik am Arbeitsmarkt und den anhaltend hohen Rohstoffpreisen gedämpft werden. Dennoch bleibt der private Konsum weiterhin eine wichtige Stütze für das Schweizer Wirtschaftswachstum.

2.2 Finanzlage des Bundes

Für das Voranschlagsjahr 2009 sieht der Bundesrat mit Einnahmen von 60 Milliarden Franken und Ausgaben von 58.6 Milliarden Franken einen Überschuss von 1.4 Milliarden Franken vor. Die Vorgaben gemäss der Schuldenbremse werden erfüllt. Der konjunkturelle Saldo von 0.3 Milliarden Franken wird um über 1 Milliarde Franken übertroffen.

Die Bundesfinanzen in Voranschlag und Finanzplan geben ein positives Bild. Der Bundesrat rechnet mit jährlichen Überschüssen von 500 Mio. bis 1.8 Milliarden Franken. Dennoch sieht sich der Bundeshaushalt durch eine mögliche Verschärfung der Finanzkrise, weiter steigenden Rohstoffpreise und einer abschwächenden Konjunktur vor einer unsicheren und risikobehafteten Wirtschaftsentwicklung. Ein möglicher Konjunktureenbruch könnte gegen Ende der Finanzplanperiode zu negative Auswirkungen in Höhe von bis zu zwei Milliarden Franken führen.

Es wird weiterhin mit einer soliden Einnahmenentwicklung gerechnet. Die Einnahmen steigen im Voranschlag um 3.4% bzw. um weitere 2 Milliarden Franken. Diese Zunahme ist primär auf die Direkte Bundessteuer und auf die Mehrwertsteuer zurückzuführen.

Die Ausgabenseite wächst um 3%, bzw. um 1.7 Milliarden Franken gegenüber dem Vorjahr. Die Soziale Wohlfahrt, welche mit einer Zunahme von 720 Mio. Franken zu Buche schlägt, trägt den grössten Teil zum Ausgabenzuwachs bei. Auf die Aufgabengebiete Finanzen und Steuern entfallen 270 Mio. Franken Bildung und Verkehr tragen 230 Mio. Franken zum Ausgabenanstieg bei. Für die weiteren 240 Mio. Franken sind die Landwirtschaft und das Aufgabengebiet Beziehungen zum Ausland-Internationale Zusammenarbeit verantwortlich.

2.3 Finanzlage der Baselbieter Gemeinden

Die Einwohnergemeinden haben das Rechnungsjahr 2007 mit einem Überschuss von 16 Mio. Franken abgeschlossen. Nur 13 der 86 Baselbieter Gemeinden mussten einen Aufwandüberschuss ausweisen. Der Aufwand aller Baselbieter Einwohnergemeinden belief sich auf 1.1 Mrd. Franken, wobei der steuerfinanzierte Bereich erstmals die Milliardengrenze knapp überschritten hat. Die Selbstfinanzierung nahm leicht auf 107 Mio. Franken ab und übertraf die Nettoinvestitionen (82 Mio. Franken) um 25 Mio. Franken (Vorjahr 26 Mio. Franken). Die Gemeinden konnten wie im Vorjahr wiederum Schulden abbauen. Die Pro-Kopf-Verschuldung für die mittel- und langfristigen Schulden betrug per Ende 2007 1'822 Franken. Die Steuererträge der Gemeinden lagen mit 647 Mio. Franken um 3.7% über dem Vorjahreswert.

Die Finanzlage der allermeisten Einwohnergemeinden ist als gut bis sehr gut zu beurteilen. Dennoch mussten zwei Gemeinden (Dittingen und Hemmiken) trotz hohem Steuerfuss per Ende 2007 einen Bilanzfehlbetrag ausweisen.

3 Wichtige Einflussfaktoren im Voranschlag 2009

3.1 Revision Erbschafts- und Schenkungssteuer

Durch eine Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer soll die Steuerbelastung bei allen Betroffenen massvoll gemildert werden. Es ist vorgesehen, Steuerklassen und die Steuerkurve soweit möglich zu vereinfachen und dadurch auch die Verständlichkeit zu erhöhen. Regelmässig auftretende Probleme bei der steuerlichen Belastung in speziellen Situationen - beispielsweise bei langjährigem Konkubinat ohne Eintragung der Partnerschaft - mussten bisher immer im Einzelfall gelöst werden; sie sollen nun einer gesetzlich geregelten allgemeinen Lösung zugeführt werden. In der Vernehmlassungsvorlage ist ein jährlicher finanzieller Ausfall von knapp zehn Millionen Franken ausgewiesen; im Budget 2009 wird von einer Inkraftsetzung per Mitte 2009 ausgegangen.

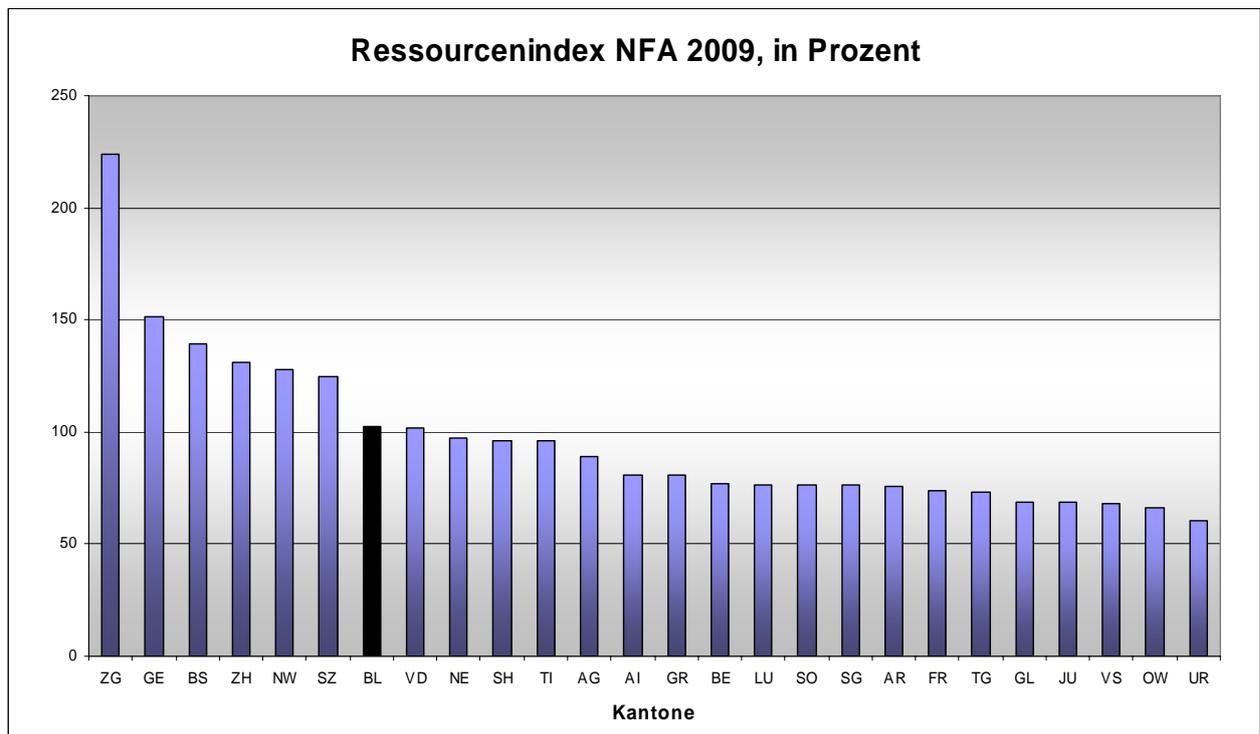
3.2 Ressourcenausgleich NFA

Der Voranschlag 2009 bildet das zweite Jahr des per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzten neuen Finanzausgleichssystem zwischen Bund und Kantonen ab. Das eidg. Parlament hat die Grundbeiträge des Bundes und der ressourcenstarken Kantone für den Ressourcen- und Lastenausgleich für die Periode 2008 bis 2011 gesprochen. Auf der Basis der Vorgaben des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes (FiLaG) werden die Grundbeiträge innerhalb der Vierjahresperiode jährlich angepasst⁵.

⁵ Der jährliche Prozess zur Neuberechnung der Ressourcen- und Lastenindizes ist in der Botschaft vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs (BBl 2006 735ff.) eingehend beschrieben. Der Prozess der Neuberechnung wird von einer aus Kantons- und Bundesvertretern zusammengesetzten Fachgruppe Qualitätssicherung begleitet.

Das Ressourcenpotenzial⁶ 2009 basiert auf den Bemessungsjahren 2003, 2004 und 2005; es widerspiegelt somit die wirtschaftliche Situation der Kantone in den Jahren 2003 bis 2005. Im Kanton Basel-Landschaft weisen in der Betrachtungsperiode mit Ausnahme der Gewinne juristischer Personen ohne besonderen Steuerstatus alle Ressourcenkomponenten ein über dem schweizerischen Durchschnitt liegendes Wachstum auf. Da die ressourcenstarken Kantone Zug, Zürich und Nidwalden einen noch stärkeren Zuwachs bei den Komponenten des Ressourcenpotenzials aufweisen, sinkt der Ressourcenindex des Kantons Basel-Landschaft von 103.8 im Jahr 2008 auf 102.5, was eine um 5.1 Mio. Franken tiefere Ressourcenausgleichszahlung zur Folge hat (Vorjahr: 14.9 Mio. Fr.).

Abbildung 2: Ressourcenindex 2009 der Kantone.



4 Defizitbremse

Die Stimmbevölkerung hat der Defizitbremse am 24. Februar 2008 mit einem Anteil von 69% JA-Stimmen zugestimmt. Die Defizitbremse wurde am 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt und findet beim Budget 2009 zum ersten Mal Anwendung.

Das Defizit in der Laufenden Rechnung darf im Budget bis zu 3% der budgetierten Erträge aus der Einkommenssteuer betragen. Im Budget 2009 beträgt die zulässige Höhe des Defizits also 27.6 Mio. Franken. Wenn das Defizit im Budget diesen Betrag übersteigt, kann im Budget Eigenkapital zur Kompensation des zu hohen Defizits eingesetzt werden, vorausgesetzt das Eigenkapital ist höher als 100 Mio. Franken. Mit einem Aufwandüberschuss von 3.2 Mio. Franken

⁶ Das Ressourcenpotenzial setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: Einkommen der natürlichen Personen, quellenbesteuerter Einkommen, Vermögen der natürlichen Personen, Gewinne der juristischen Personen ohne besonderen Steuerstatus, Gewinne der juristischen Personen mit besonderem Steuerstatus, Steuerpartitionen

in der Laufenden Rechnung ist der Voranschlag 2009 defizitbremsenkonform, ohne dass Eigenkapital eingesetzt oder der Steuerfuss erhöht werden muss.

Gemäss § 19^{bis} Steuergesetz⁷ legt der Landrat aufgrund des beschlossenen Voranschlags jährlich den kantonalen Einkommenssteuerrfuss für das folgende Steuerjahr fest. Gleichzeitig zum Voranschlag 2009 wird dem Landrat daher das Dekret über den Steuerfuss 2009 zum Beschluss unterbreitet. Der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 100%.

Weist der Voranschlag in der Laufenden Rechnung einen Ertragsüberschuss auf, kann der Landrat den kantonalen Einkommenssteuerrfuss unter 100% ansetzen (allerdings nicht tiefer als 95%). Der Steuerfuss kann gesenkt werden, wenn das Eigenkapital 250 Mio. Fr. übersteigt und ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 75% erreicht wird. Im Voranschlag 2009 ist lediglich eine von drei Voraussetzungen erfüllt: Aufgrund der Erwartungsrechnung 2008 beläuft sich das prognostizierte Eigenkapital per Ende 2008 auf 276 Mio. Franken. Die Laufende Rechnung weist einen Aufwandüberschuss aus und der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 54.5%.

Table 3: Eckdaten der Defizitbremse im Voranschlag 2009.

Eckwert	R 2007	B 2008 (Erwartungs- rechnung)	B 2009
	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.
Eigenkapital	208.1	276.0	270.8
Saldo Laufende Rechnung vor Eigenkapitalentnahme und vor Steuerfussveränderung	22.5	65.9	-3.2
Eigenkapitalentnahme	--	--	0
Mehr-/Minderertrag aus Steuerfussveränderung (max. +/- 5%-Punkte)	--	--	0
Saldo nach Entnahme Eigenkapital / nach Steuerfussveränderung	--	--	-3.2

Wäre das Defizit im Voranschlag 2009 höher als 27 Mio. Franken und stünde zuwenig Eigenkapital zur Verfügung zur Kompensation dieses Defizits, so käme der Sanktionsmechanismus zum Tragen. Der Sanktionsmechanismus besteht darin, dass der Landrat ein nicht defizitbremsenkonformes Budget an den Regierungsrat zurückweisen kann mit der Aufforderung, auf der Ausgabenseite weitere Entlastungsmassnahmen vorzusehen. Ist der Saldo in der Laufenden Rechnung trotz zusätzlichen Massnahmen auf der Ausgabenseite noch nicht defizitbremsenkonform, so ist im Budget eine Steuerfusserhöhung vorzusehen. Der Landrat kann den Steuerfuss bis 105% erhöhen, eine weitere Erhöhung müsste durch das Volk beschlossen werden.

Aufgrund der komfortablen Ausgangslage im Baselbieter Finanzhaushalt und aufgrund der nachhaltigen Finanzpolitik des Regierungsrates ist zu erwarten, dass der Sanktionsmechanismus der Defizitbremse in den nächsten Jahren kaum zum Tragen kommen wird. Tritt der Rechnungsabschluss 2008 wie erwartet ein, so beträgt die Eigenkapitaldecke per Ende 2008 276 Mio. Franken. Diese Eigenkapitalausstattung erlaubt es, zukünftige Defizite während einer schwachen Konjunkturphase durch Eigenkapital aufzufangen, so dass Steuererhöhungen wohl kaum zum Tragen kommen werden.

⁷ SGS 331

5 Details zum Voranschlag 2009

5.1 Laufender Aufwand nach Kontogruppen

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2008 und der Rechnung 2007 ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich.

Tabelle 4: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008	Budget 2009	Abweichung vom Vorjahr	
30 Personalaufwand	915.5	960.6	1'002.2	41.5	4.3%
31 Sachaufwand	297.9	327.2	347.5	20.3	6.2%
32 Passivzinsen	37.2	37.8	37.7	-0.1	-0.2%
33 Abschreibungen	175.7	125.8	126.0	0.2	0.2%
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	94.9	109.2	105.9	-3.3	-3.0%
35 Entschäd. an öffentliche Gemeinwesen	102.5	94.1	97.7	3.6	3.8%
36 Eigene Laufende Beiträge	911.9	921.8	931.2	9.3	1.0%
37 Durchlaufende Beiträge	80.7	72.4	71.8	-0.5	-0.7%
38 Einlagen in Spezialfinanzier. und Fonds	97.6	36.9	21.4	-15.4	-41.9%
39 Interne Verrechnungen	14.6	14.2	15.7	1.5	10.6%
Gesamttotal Aufwand	2'728.4	2'700.1	2'757.2	57.1	2.1%

Personalaufwand (30)

Im Jahr 2009 werden insgesamt 153 neue Stellen geschaffen, was einer Zunahme von 2.1% entspricht. Die Spitalbetriebe planen für 2009 einen Stellenausbau von 106.5 Vollstellen, davon fallen 40.2 beim Kantonsspital Liestal, 36.95 beim Kantonsspital Bruderholz, 4 beim Kantonsspital Laufen und 25.4 Vollstellen bei den Kantonalen Psychiatrischen Diensten an. Die Gerichte melden eine Zunahme um 4.2 Vollstellen, davon fallen 2 Vollstellen beim Kantonsgericht, 2 beim Strafgericht und 0.2 Vollstellen beim Statthalteramt Waldenburg an.

Die Vollstellen bei den Lehrpersonen werden erst nach Schuljahresbeginn Ende September definitiv erhoben. In die provisorische Erhebung wird eine Zunahme von 32.7 Vollstellen ausgewiesen. Diese Zunahme ist unter anderem auf drei zusätzliche Klassen für das Werkjahr ab Sommer 2008 und drei zusätzliche Klassen für das Gymnasium Liestal zurückzuführen.

Im Sollstellenplan, welcher die Stellen der engeren Verwaltung umfasst, werden 13 neue Stellen geschaffen (0.6%). Die Stellen werden in folgenden Organisationseinheiten geschaffen:

- Allgemeine Verwaltung: Schaffung einer Vollstelle als Stellvertretung des Leiters im Bereich Publikationen und Informatik.
- FKD: Aufbau von 1.4 Stellen (davon 1 Vollstelle befristet) im Statistischen Amt zur Durchführung der Volkszählung und Durchführung des Projekts Anmelde- und Registergesetz. In der Steuerverwaltung werden 2.8 Stellen aufgebaut: 2 Stellen werden im Rahmen der GAP-Massnahme "Ausbau Revisorat" aufgebaut, 0.8 Stellen sind notwendig, um die Übernahme zusätzlicher Veranlagungen von Gemeinden bewältigen zu können. Der Stellenausbau der Steuerverwaltung wird mit Mehreinnahmen kompensiert. 6 zusätzliche, teilweise befristete Stellen werden im ZID, in der Finanzverwaltung und im Personalamt zur Bewältigung des

ERP-Projekts geschaffen. Abbau von 1 Vollzeitstelle bei der Koordination Asylbewerber. Transfer der Fachstelle für Familienfragen (Abbau 1.5 Vollzeitstellen).

- SID: Abbau von 1 Vollzeitstelle bei der Bezirksschreiberei Liestal infolge Dienstleistungsabbau Erbschaftsamt, Abbau von 1.2 Vollzeitstellen bei der Bezirksschreiberei Arlesheim infolge Neuordnung Inventarwesen, Aufbau von 1 Vollzeitstelle für den Straf- und Massnahmenvollzug und Aufbau von 1 Vollzeitstelle für die Revision Datenschutzgesetz. Transfer der Fachstelle für Familienfragen (Aufbau 1.5 Vollzeitstellen).

Tabelle 5: Entwicklung der Vollstellen.

Organisationseinheit	Sollstellenplan 2008	Geplante Vollstellen 2009	Stellenzunahme-/abnahme
Allgemeine Verwaltung	26.0	27.1	1.1
FKD	302.2	312.6	10.4
VGD (ohne refinanz. Stellen KIGA und Spitalbetriebe)	172.8	172.6	-0.2
BUD	453.1	453.1	0.0
SID	964.8	966.7	1.9
BKSD (ohne Lehrpersonen)	401.5	401.2	-0.3
Total (Sollstellenplan)	2320.4	2333.3	12.9
ausserhalb Sollstellenplan			
<i>Gerichte und Strafverfolgungsbehörden</i>	<i>227.9</i>	<i>232.1</i>	<i>4.2</i>
<i>VGD Spitalbetriebe</i>	<i>2905.4</i>	<i>3011.9</i>	<i>106.5</i>
<i>VGD refinanz. Stellen KIGA</i>	<i>121.5</i>	<i>118.2</i>	<i>-3.3</i>
<i>BKSD Lehrpersonen</i>	<i>1503.4</i>	<i>1536.0</i>	<i>32.7</i>
TOTAL ZUNAHMEN VOLLSTELLEN	7078.6	7231.5	153.0

Die Zunahme des Personalaufwands enthält eine generelle Lohnanpassung (Teuerungsausgleich) von 41.6 Mio. Franken, dies entspricht einer Teuerung von 2.6%. Diese Teuerung ist zentral beim Personalamt budgetiert.

Trotz des Stellenausbaus und des hohen Teuerungsausgleichs macht die Zunahme des Personalaufwands gegenüber dem Vorjahr lediglich 41.5 Mio. Franken oder 4.3% aus. Der Stellenausbau schlägt nicht voll zu Buche, da die neuen Stellen nicht per 1.1.2009 besetzt werden können. Der Personalaufwand erfährt zudem eine Reduktion um 3.5 Mio. Franken durch die Ausgliederung eines Teiles des Tiefbauamtes in die NSNW.

Sachaufwand (31)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

+6.5	Medizinisches Verbrauchsmaterial und Arzthonorare in den Spitalbetrieben
+4.1	Gegenvorschlag zur formulierten Volksinitiative "keine Schulgebühren"
+3.6	Hochbauamt (Gebäudeunterhalt, Miete und Pacht Liegenschaften, Mobilier)
+3.2	EDV-Leistungen von Dritten, Wartung, Lizenzen (Anmeldungs- und Registergesetz, Einführung ERP)
+3.1	Berater und Gutachten (ERP-Projekt, Arealentwicklungsverfahren Campus FHNW Murtensch, Untersuchung von Altlasten)

+3.1	Amt für Umweltschutz und Energie (Finanzierung alllastenrechtlicher Massnahmen)
+1.6	Fahrzeug-Treibstoffe und -schmiermittel
-4.9	Diverses
+20.3	Total

Abschreibungen (33)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

+1.1	Ordentliche Abschreibungen Finanzvermögen
-1.0	Kantonale Steuern Abschreibung unerhältlicher Guthaben
+0.1	Diverses
+0.2	Total

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (34)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

-5.2	Tieferer Ressourcenausgleich im NFA
+1.6	Höhere Beiträge an die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs
+0.3	Höhere Anteile der Landeskirchen an den Kirchensteuern
-3.3	Total

Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen (35)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

+4.0	Höhere Kosten für Insassen in ausserkantonalen Anstalten
-2.1	Tiefere Entschädigungen an Gemeinden für Sekundar- und Realschulbauten (Annuitäten)
+1.7	Entschädigungen an Kantone (Kantonales Sozialabkommen, Spitalabkommen)
+3.6	Total

Eigene Laufende Beiträge (36)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

-21.4	Wegfall einmalige nachschüssige Zahlung an die AHV und IV (NFA)
+11.0	Höhere Beiträge an die Ergänzungsleistungen AHV/IV
+10.6	Höhere Beiträge an Heime und IV-Sonderschulen
+4.0	Höhere Beiträge an Prämienverbilligungen KVG
+3.0	Höherer Beitrag an Uni Basel
+2.8	Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmen des öffentlichen Verkehrs
-2.3	Wegfall Beiträge für EURO 08
+1.8	Abgeltungen an die SBB, Höhere Kosten durch den Einsatz der neuen Flirt Züge auf der Linie S1 (Abschreibung)
+1.3	Beiträge an die Installation von künstlichen Kugelfängen bei Schiessanlagen
-1.1	Tiefere Beiträge an gemeinnützige und wohltätige Institutionen
-1.0	Tiefere APH-Beiträge
+0.8	Höherer Beitrag an FHNW

-0.8	Tiefere Beiträge an Lehrerbildungs- und Schulabkommen mit anderen Kantonen
+0.6	Diverses
+9.3	Total

Einlagen in Spezialfinanzierungen (38)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

-10.0	Keine Rückstellungen für Altlasten
-3.0	Kantonales Sozialamt tiefere Einlage in Spezialfinanzierung
-1.3	Tiefere Einlage Ausgleichsfonds Finanzausgleich
-1.0	Keine Einlage in Wirtschaftsförderungsfonds
-0.1	Diverses
-15.4	Total

5.2 Laufender Ertrag nach Kontogruppen

Auf der Ertragsseite der Laufenden Rechnung weist das Budget 2009 ein Wachstum von ca. 50 Mio. Franken oder 1.8% auf.

Tabelle 6: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008	Budget 2009	Abweichung vom Vorjahr	
40 Steuern	1'476.9	1'432.9	1'484.6	51.7	3.6%
41 Regalien und Konzessionen	52.8	65.7	65.4	-0.2	-0.4%
42 Vermögenserträge	100.6	85.6	90.3	4.7	5.5%
43 Entgelte	476.0	478.8	494.5	15.7	3.3%
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	139.5	93.2	101.5	8.3	8.9%
45 Rückerstattungen von öff, Gemeinwesen	62.9	63.9	65.8	1.9	3.0%
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	304.8	374.4	359.6	-14.8	-4.0%
47 Durchlaufende Beiträge	80.7	72.4	71.8	-0.5	-0.7%
48 Entnahmen aus Spezialfinan. und Fonds	42.3	23.2	4.9	-18.3	-78.8%
49 Interne Verrechnungen	14.4	14.0	15.5	1.5	10.6%
Gesamttotal Ertrag	2'750.9	2'704.0	2'754.0	50.0	1.8%

Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten geht aus Tabelle 7 hervor.

Für die Wachstumsrate 2009 der *Einkommenssteuer der natürlichen Personen* wird auf das BAK-Finanzhaushaltsmodell abgestellt, welches die Konjunkturprognosen Stand Juli 2008 berücksichtigt. Der Ertragsanstieg wird reduziert durch den Ausgleich der kalten Progression (im Jahr 2009 wird die kalte Progression im Umfang von 2.9 Prozent ausgeglichen).

Es wird angenommen, dass sich die anhaltend negative Börsenentwicklung dämpfend auf den Zuwachs des *Vermögenssteuerertrags* auswirkt.

Bei der *Besteuerung der Grenzgänger* wird davon ausgegangen, dass die Anzahl Grenzgänger aus Frankreich weiter zunimmt.

Gewinnzunahmen bei den juristischen Personen schlagen sich aufgrund der proportionalen Steuersätze direkt in Mehreinnahmen der *Ertragssteuer juristischer Personen* nieder. Bei der *Steuer auf Kapitalabfindungen* zeichnet sich ab, dass anstelle von Renten immer häufiger Kapitalleistungen bezogen werden.

Tabelle 7: Steuererträge gegliedert nach Arten.

in Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008	Budget 2009	Abweichung vom Vorjahr	
Einkommenssteuer nat. Personen	872.6	901.0	951.0	50.0	5.5%
Vermögenssteuer nat. Personen	137.4	121.0	124.0	3.0	2.5%
Grenzgänger, Nach- und Straf-steuern; Doppelbest.abkommen	41.6	42.5	44.0	1.5	3.5%
Ertragssteuer juristische Personen	185.3	127.0	134.0	7.0	5.5%
Kapitalsteuer juristische Personen	19.3	13.7	13.5	-0.2	-1.5%
Kirchensteuer jurist. Personen	10.2	7.0	7.4	0.3	4.8%
Steuer auf Kapitalabfind. 2./3. Säule	16.1	14.0	16.5	2.5	17.9%
Grundstückgewinnsteuer	33.1	34.0	28.0	-6.0	-17.6%
Handänderungssteuer	31.7	32.0	30.0	-2.0	-6.3%
Erbschafts- und Schenkungssteuer	33.8	40.0	37.0	-3.0	-7.5%
Verkehrssteuer	95.8	100.6	99.2	-1.4	-1.4%
Gesamttotal Steuern	1'476.9	1'432.9	1'484.6	51.7	3.6%

Die im Jahr 2008 vereinnahmten Erträge weisen darauf hin, dass das Niveau des Budgets 2008 nicht erreicht wird. Da sich der Liegenschaftsmarkt weiterhin ungünstig entwickeln wird, werden die Budgetwerte 2009 beim Ertrag der *Grundstückgewinn- und Handänderungssteuer* nach unten korrigiert.

Die Auswirkungen der Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer (vgl. Kapitel 3.1) sind mit einem Ertragsausfall von 5 Mio. Franken im Budget berücksichtigt.

Aufgrund des sich im Jahr 2008 abzeichnenden Ertragsvolumens wird der Budgetbetrag 2009 der *Verkehrssteuer* leicht nach unten korrigiert.

Regalien und Konzessionen (41)

Der Gewinnanteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank fällt für das Jahr 2009 um 0.2 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr.

Vermögenserträge (42)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

+3.0	Anteil am Reingewinn der Basel-Landschaftsständlichen Kantonalbank
+2.0	Verzugszinsen Steuern
-0.3	Diverses
+4.7	Total

Entgelte (43)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

+26.6	Pflegetaxen und Erträge aus medizinischen Leistungen sowie Erträge aus Arzthonoraren
-14.0	Wegfall Aufwertungsgewinn Fusion Rheinhäfen (im Jahr 2008)
-1.2	Mindereinnahmen Gebühren Sicherheitsdirektion
+1.1	Sekundarschulen: Elternbeitrag an den Mittagstisch
+1.0	Bussen
+2.2	Diverses
+15.7	Total

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (44)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

+8.0	Anteil an der Direkten Bundessteuer
+0.3	Diverses
+8.3	Total

Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen (45)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

+2.1	Rückerstattung der Krankenkassen für HPV-Impfungen (gegen Gebärmutterhalskrebs)
-0.6	Rückerstattungen Kanton Solothurn (Spitalabkommen)
+0.4	Berufsfachschule für Gesundheit: Rückerstattung von BS
+1.9	Total

Laufende Beiträge für eigene Rechnung (46)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

-17.1	Wegfall nachschüssige Bundesbeiträge Prämienverbilligung (NFA)
+10.2	Gemeindebeiträge (Ergänzungsleistungen AHV/IV, Öffentlicher Verkehr, Heime IV/Sonderschulen)
-8.3	Bundesbeiträge (Tiefbauamt, Natur u. Landschaftsschutz, Berufsberatung, Kantonale Psychiatrische Dienste)
+3.7	Bundesbeiträge an EL AHV/IV
-3.3	Diverses
-14.8	Total

Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds (48)

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr (in Mio. Franken):

-21.7	Wegfall Auflösung Rückstellungen für nachschüssige Zahlungen an AHV/IV (NFA)
+3.4	Auflösung Rückstellungen für Sanierung Altlasten
-18.3	Total

6 Interkantonale Zusammenarbeit

6.1 Bedeutung

Eine enge Kooperation mit den Kantonen Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und weiteren Kantonen sowie mit Deutschland und Frankreich bildet die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort und einen attraktiven Wohnort Basel-Landschaft mit dem Zentrum Basel. Mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn bestehen insgesamt über 90 finanzwirksame, vertragliche Dach- bzw. Einzelvereinbarungen. Die bedeutsamsten Zusammenarbeitsverträge des Kantons Basel-Landschaft bilden:

- die Universität Basel
- die Interkantonale Universitätsvereinbarung
- die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
- das Spitalabkommen
- das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- das regionale Schulabkommen
- der Kulturvertrag
- die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)
- der Rheinhafenvertrag
- die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch.

Die Fragen der Zusammenarbeit, welche die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffen, werden innerhalb einer Projektorganisation verhandelt. Den Verhandlungen werden die sogenannten Standards BS/BL zugrundegelegt (Regierungsratsbeschluss). Gegenwärtig werden Dossiers in den Bereichen der Kultur (Theater), der Zusammenlegung von Dienststellen und des Leistungseinkaufs behandelt.

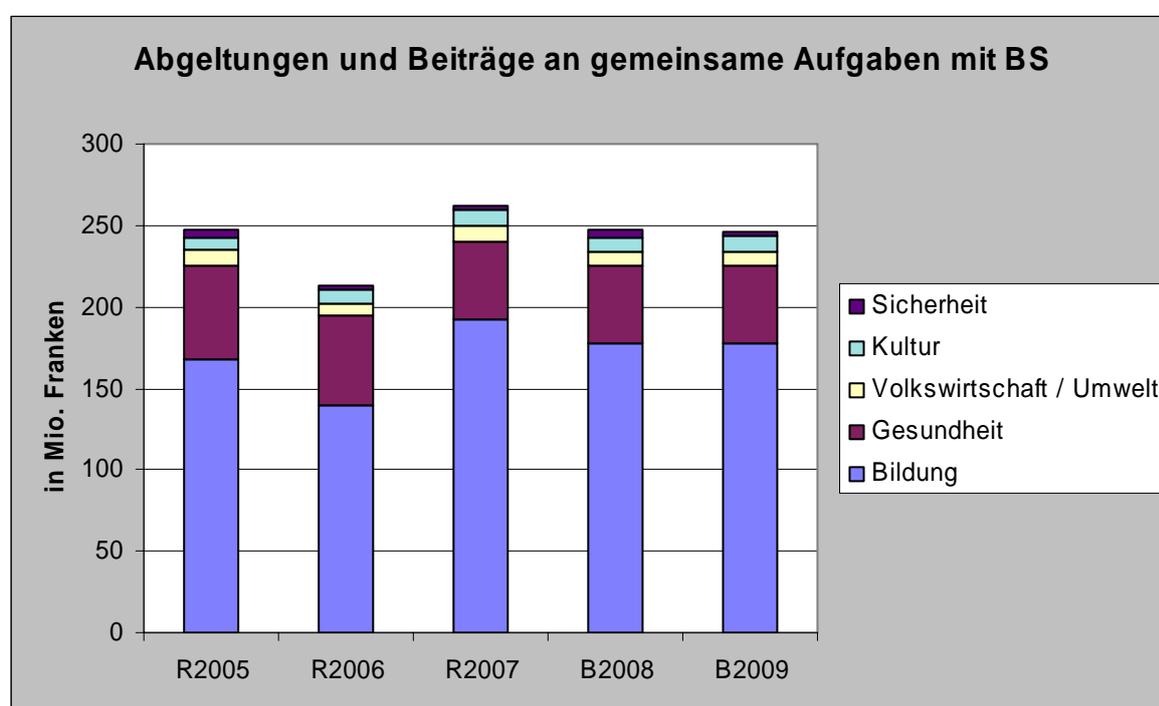
6.2 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

Basel-Landschaft wendet 2009 rund 8.9% des budgetierten Haushalts für die Abgeltung von Leistungen, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden (netto) oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben auf. Gegenüber dem Vorjahresbudget nehmen sie um insgesamt 1.8 Mio. Franken ab.

Tabelle 8: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.

in Mio. Fr.	R2005	R2006	R2007	B2008	B2009
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	247	214	263	248	246
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	10.0%	8.0%	9.6%	9.2%	8.9%
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	5	5	4	28	28

Verteilt auf die einzelnen Funktionen respektive Politikbereiche ergibt sich das folgende Bild:

Abbildung 3: Entwicklung von Abgeltungen und Beiträgen an gemeinsame Aufgaben mit BS

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr sind in den nachfolgenden Bereichen zu finden:

Bildungsbereich (in Mio. Franken):

+3.0	Universität Basel, gemeinsame Trägerschaft mit BS
+0.6	Sonderschulung und Jugendhilfe
-2.0	Neukonzeption von Brückenangeboten
-0.8	Betreuung behinderter Erwachsener
+0.8	Gesamtabweichung im Bildungsbereich

Gesundheitsbereich (in Mio. Franken):

+0.2	Regionales Schulabkommen für Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe (inkl. Rückerstattung)
-0.5	Unterstützung Bedürftiger BL-Bürger in BS
+0.4	Diverses
+0.1	Gesamtabweichung im Gesundheitsbereich

Volkswirtschafts- und Umweltbereich (in Mio. Franken):

-0.5	Basler Verkehrsbetriebslinie 6 Allschwil
-0.3	Durchführung von Gewässerschutzmassnahmen
+0.2	Basler Verkehrsbetriebe
+0.2	Diverses
-0.4	Gesamtabweichung im Volkswirtschafts- / Umweltbereich

Kulturbereich (in Mio. Franken):

-0.4	Partnerschaftliche Finanzierung von Kulturinstitutionen
------	---

Sicherheitsbereich (in Mio. Franken):

-1.9	Euro 08
+0.3	Betreute Haft für Jugendliche
-0.4	Rückerstattung von BS für den Arxhof, Massnahmenzentrum für junge Erwachsene
+0.1	Diverses
-1.9	Gesamtabweichung im Sicherheitsbereich

Bei den *Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben* sind 27.7 Mio. Franken für den Neubau des UKBB sowie 0.5 Mio. Franken für die Universität (Basel Neubau Schällemätteli und Neubau Volta) eingeplant.

6.3 Berichterstattung zum Budget von Gemeinsamen Trägerschaften

Universitäts-Kinderspital beider Basel

Die Verabschiedung des Budgets 2009 durch den Spitalrat findet zu einem Zeitpunkt statt, der es nicht erlaubt, in der vorliegenden Landratsvorlage Aussagen zu machen.

Fachhochschule Nordwestschweiz

Die Regierungen der vier Trägerkantone haben den neuen Leistungsauftrag der FHNW für die Jahre 2009 - 2011 zu Händen der Parlamente verabschiedet (LRV [2008/186](#) vom 12. August 2008). Der Globalbeitrag des Kantons Basel-Landschaft an die FHNW für das Jahr 2009 beträgt 51.4 Mio. Franken. Der bisher separate Beitrag an das ISP (Institut für spezielle Pädagogik und Psychologie) ist neu Teil des Globalbeitrags (Vollintegration des ISP in die FHNW). Die Finanzierungsbeiträge der Kantone werden im Leistungsauftrag - vorbehältlich der Genehmigung durch die vier Parlamente - für drei Jahre verbindlich festgelegt. Sie gelten als Vorgabe, innerhalb derer die FHNW zu budgetieren hat. Die FHNW erarbeitet zur Zeit das Budget 2009 und die Mittelfristplanung für die kommenden Jahre. Der Fachhochschulrat wird das Budget im Dezember 2008 verabschieden. Aufgrund der Hochrechnung geht die FHNW davon aus, dass die Rechnung 2008 im Rahmen des budgetierten Verlustes von 7.9 Mio. Franken abschliessen wird. Gemäss Staatsvertrag muss die FHNW einen allfälligen Aufwandüberschuss auf das nächste Jahr vortragen und innerhalb der folgenden drei Jahre kompensieren; das Budget 2009 wird entsprechend auf dieses Ziel ausgerichtet.

Im Jahr 2009 - auf Basis der Rechnung 2008 - wird die Schlussabrechnung aller Gewährleistungspositionen, die im Rahmen des Fusionsprozesses definiert wurden, mit der FHNW stattfinden. Die Finanzkontrollen der Trägerkantone haben die entsprechenden Prüfungen eingeleitet. Für die bisher bekannten Risiken wurde in der Staatsrechnung 2007 eine Rückstellung (1.3 Mio. Franken) gebildet. Nach Vorliegen der Schlussabrechnung der Gewährleistungspositionen und nach Abschluss der laufenden Leistungsauftragsperiode 2006 - 2008 wird der Regierungsrat

dem Landrat zudem Antrag über die Verwendung der noch nicht zurückgeführten Reserven aus der FHBB stellen.

Universität Basel

Die Globalbeiträge für die Universität Basel sind im Leistungsauftrag für die Jahre 2007–2009 von den Parlamenten der Trägerkantone festgelegt worden. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft für das Jahr 2009 beträgt 134.6 Mio. Franken. Die Beiträge der Trägerkantone gelten als Vorgabe, innerhalb derer die Universität zu budgetieren hat, bei einem Gesamtbudget von rund 530 Mio. Franken. Aufgrund der internen terminlichen Planung des Budgetierungsprozesses der Universität können in der vorliegenden Landratsvorlage keine Aussagen gemacht werden. Ziel des Universitätsrates ist ein ausgeglichenes Budget gemäss Leistungsauftrag. Der Bericht der Universität über das erste Jahr der Leistungsperiode lässt erwarten, dass das Ziel, die Leistungsperiode 2007 - 2009 ausgeglichen abzuschliessen, eingehalten werden kann (vgl. LRV [2008/130](#) vom 20. Mai 2008).

Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP) führt im Auftrag der beiden Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft die vom Gesetzgeber vorgesehenen amtlichen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch und erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, welche von den beiden Regierungen festgelegt werden. Das Budget 2009 der MFP rechnet mit einem Aufwand von 9.134 Mio. Franken (Budget 2008= 9.057 Mio. Franken) und mit einem Ertrag von 9.134 Mio. Franken (Budget 2008= 9.057 Mio. Franken). Die MFP rechnet somit mit einem ausgeglichenen Saldo im Jahre 2009.

7 Investitionsrechnung

7.1 Investitionsniveau

Bei den Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen) ist eine Zunahme von 68.7 Mio. Franken auf 294.8 Mio. Franken budgetiert. Die Zunahme ist vorwiegend durch den Beginn des Neubaus Kantonsspital Bruderholz, durch eine höhere Tranche beim Bau der H2, durch die Inangriffnahme der Tunnelsicherheit Eggflue, durch Landerwerb und Instandhaltungsprojekte beim Kantonsspital Liestal bedingt.

Table 9: Investitionen im weiteren Sinne..

in Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008	Budget 2009	Abweichung vom Vorjahr	
Nettoinvestitionen	121.7	129.9	173.7	43.8	33.7%
+ Investitionseinnahmen	97.0	96.2	121.1	24.9	25.9%
<i>wovon aus Spezialfinanzierungen</i>	12.4	76.3	128.3	52.0	68.2%
= Bruttoinvestitionen (Investitionsausgaben)	218.7	226.1	294.8	68.7	30.4%
+ Beiträge an Investitionen Dritter	38.0	42.5	42.0	-0.5	-1.2%
= Investitionen im weiteren Sinne	256.8	268.6	336.8	68.2	25.4%

Auch die Investitionseinnahmen nehmen zu. Da die Zunahme mit 24.9 Mio. Franken geringer ausfällt als diejenige bei den Investitionsausgaben, steigen die Nettoinvestitionen um 43.8 Mio. Franken auf ein Niveau von 174 Mio. Franken an. Dies ist in erster Linie auf die Entnahmen aus den Vorfinanzierungen zurückzuführen, welche aufgrund der höheren Bautranchen der spezialfinanzierten Vorhaben zunehmen.

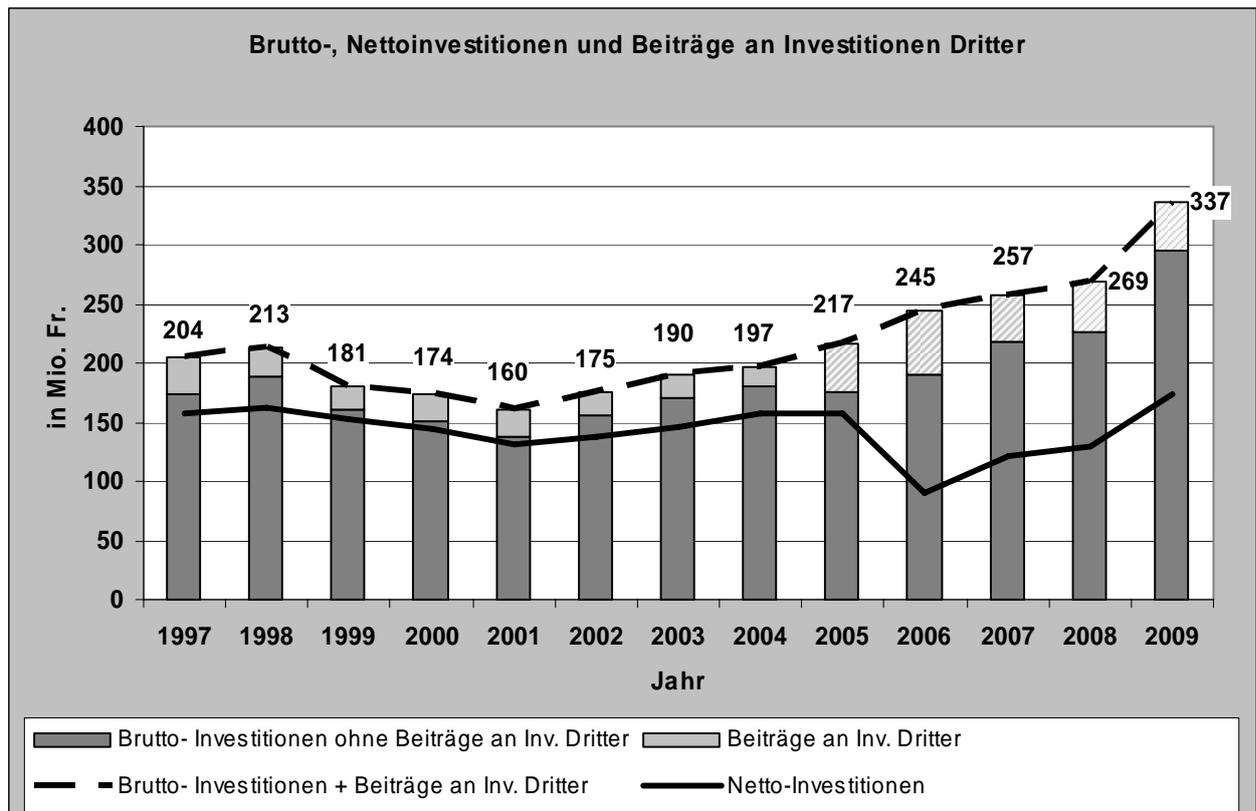
Im Investitionsbudget 2009 sind folgende spezialfinanzierte Projekte enthalten:

- H2 Pratteln-Liestal: Tranche 2009: 60 Mio. Fr. spezialfinanziert durch Mehrerträge aus der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts
- UKBB Neubau: Tranche 2009: 27.7 Mio. Fr., spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung
- Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW: Tranche 2009: 25.6 Mio. Fr., spezialfinanziert aus dem Fonds Campus FHNW/Uni
- Kantonsspital Bruderholz (KSB 2000 Plus): Tranche 2009: 15 Mio. Franken; spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung Kantonsspital Bruderholz.

Diese spezialfinanzierten Projekte tangieren die Nettoinvestitionen nicht, da die Investitionsausgaben vollständig durch Investitionseinnahmen gedeckt sind.

Für Wirtschaft und Gewerbe massgebend sind die Bruttoinvestitionen sowie die Beiträge an Investitionen Dritter (Investitionen im weiteren Sinne = Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter). Die in der Laufenden Rechnung verbuchten Beiträge an Investitionen Dritter bewegen sich mit 42 Mio. Franken auf dem Niveau des Vorjahres. Zusammen mit den Bruttoinvestitionen von 295 Mio. Franken aus der Investitionsrechnung belaufen sich die Investitionen im weiteren Sinne auf 337 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 68 Mio. Franken oder 25.4 Prozent. Wie aus der hervorgeht wird damit das Niveau der Investitionsausgaben im weiteren Sinne weiter erhöht.

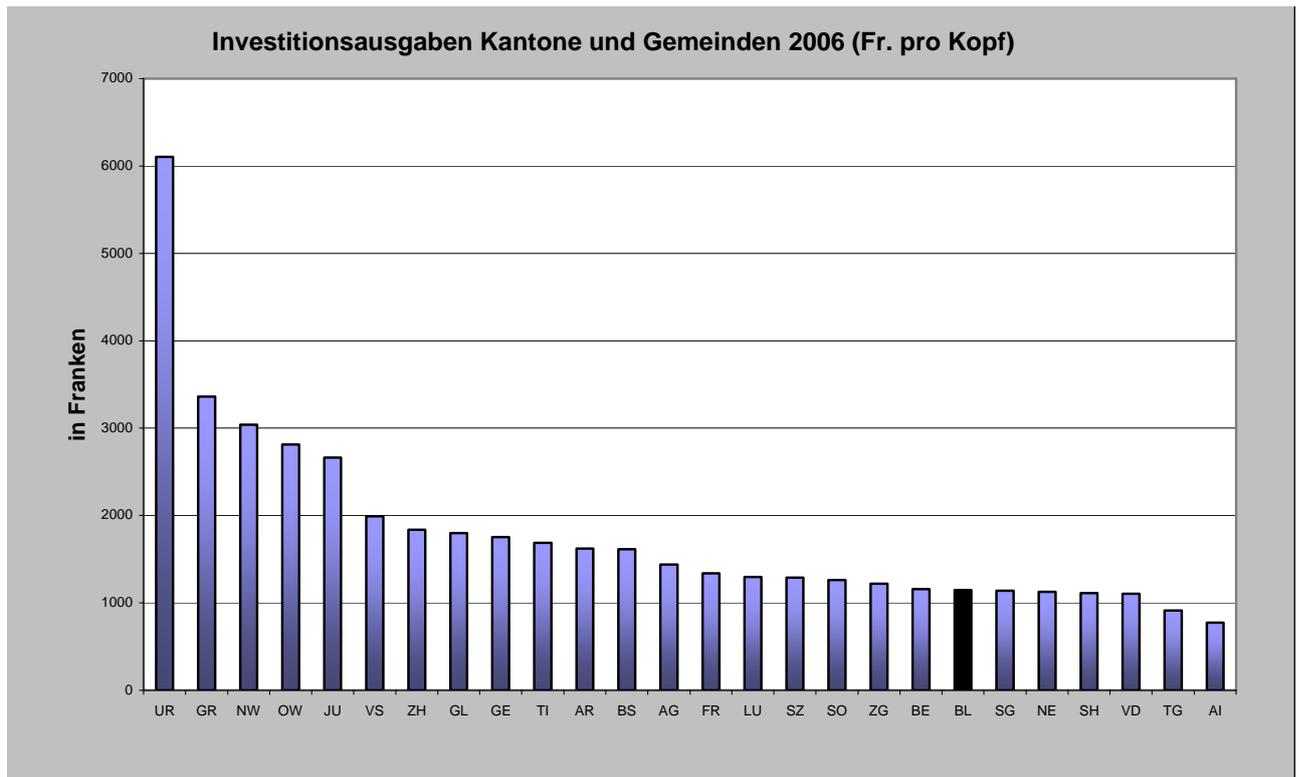
Abbildung 4: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter.



Mit dieser Erhöhung der Investitionsausgaben werden Vorhaben wie der Neubau des Kantonsospitals Bruderholz, die H2, Campus FHNW realisiert, welche für die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons von grosser Bedeutung sind.

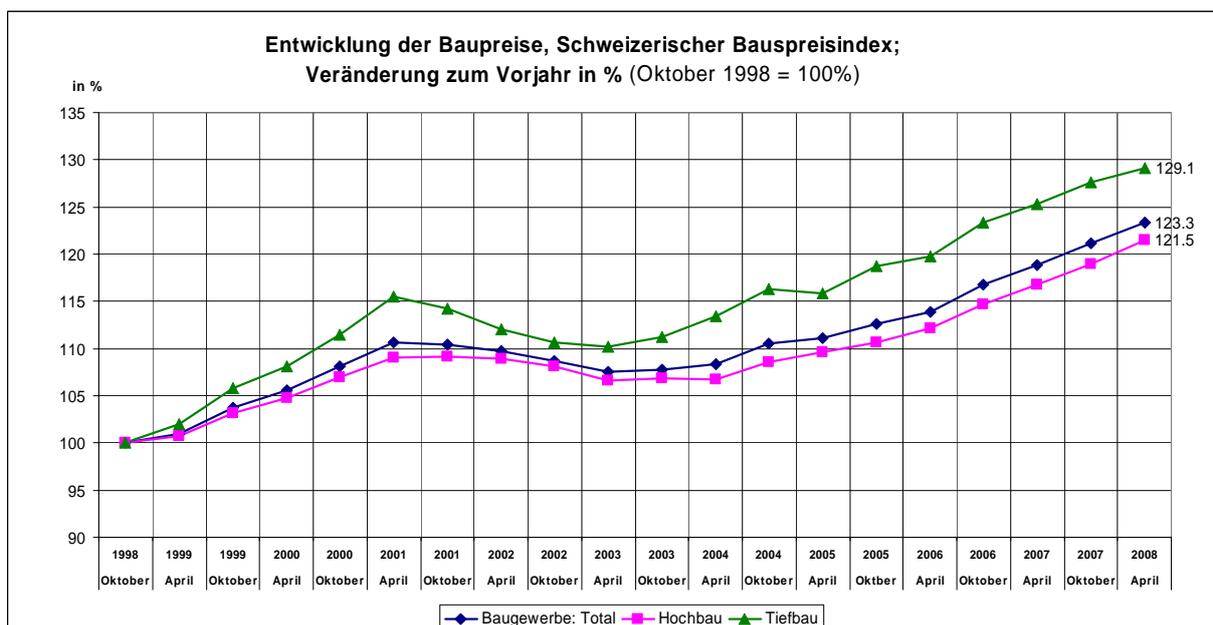
Im interkantonalen Vergleich zeigt sich, dass der Kanton Basel-Landschaft (Kanton und Gemeinden) relativ tiefe Pro-Kopf-Investitionsausgaben aufweist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Niveau der Infrastrukturanlagen im Kanton Basel-Landschaft bereits hoch ist.

Abbildung 5: Pro-Kopf-Investitionsausgaben Kanton und Gemeinden 2006, Fr. pro Kopf



Eine Erhöhung der Bruttoausgaben lässt sich wie folgt begründen: Einerseits erfordert die Verstärkungspolitik des Regierungsrates eine periodische Anpassung an die Bauteuerung, sonst würde der Investitionspflafonds real abnehmen (vgl. nachfolgende Abbildung zur Entwicklung der Baupreise). Wenn das Niveau der Bruttoausgaben bei steigenden Preisen unverändert bleibt, nimmt das Bauvolumen ab. Andererseits besteht ein Überhang von wichtigen Projekten, die in Angriff genommen werden müssen. Die Erhöhung der Bruttoausgaben ist bei der gegenwärtigen Lage des Kantons Haushaltes finanziell tragbar.

Abbildung 6: Entwicklung der Baupreise



7.2 Investitionsbudget 2009

Mit 139.2 Mio. Franken (46.8%) fällt der grösste Anteil der Bruttoinvestitionen im Budget 2009 in den Bereich Tiefbau. Das finanziell bedeutendste Projekt im Tiefbau im Jahr 2009 ist die H2 Pratteln – Liestal. Neu im Budget enthalten sind dringend notwendige Investitionen in die Sicherheit des Tunnels Eggflue. Die für die Erneuerung und den Ausbau von Kantonsstrassen sowie für den Betrieb und Erhalt von Hochleistungsstrassen eingestellten Budgetkredite sind notwendig für einen nachhaltigen Erhalt der vorhandenen Bausubstanz.

Der Bereich Hochbau ist im Budget 2009 mit Bruttoinvestitionen in der Höhe von 85.7 Mio. Franken eingestellt. Das entspricht 28.8% des gesamten Investitionsvolumens. Die bedeutendsten Projekte im Hochbau im Jahr 2009 sind der Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) sowie die Investitionen für den Landerwerb bezüglich der Neubauten für die FHNW am Standort Muttenz. Mit der Aufstockung der Sammelpositionen für Haustechnikanlagen sowie für Um- und Ausbau von Gebäuden soll auch im Hochbau die nachhaltige Werterhaltung gewährleistet werden.

In den Spitalbetrieben sind Bruttoinvestitionen von 53.1 Mio. Franken (17.9%) budgetiert. Wichtige Projekte sind die sicherheitsrelevanten Massnahmen Etappe 2 sowie die Sanierung und Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz. Mit der Einführung des Globalbudgets werden diese beiden Projekte per Budget 2009 nun in den Kompetenzbereich der Spitalbetriebe überführt. Um einen nachhaltige Werterhaltung zu gewährleisten werden auch bei den Spitalbetrieben die Investitionen für bauliche Massnahmen und Instandsetzung massgeblich aufgestockt. Bei den weiteren Investitionen handelt es sich um Investitionen in Maschinen und Apparate in den Spitalbetrieben.

Abbildung 7: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Budgetjahre 2008/2009.

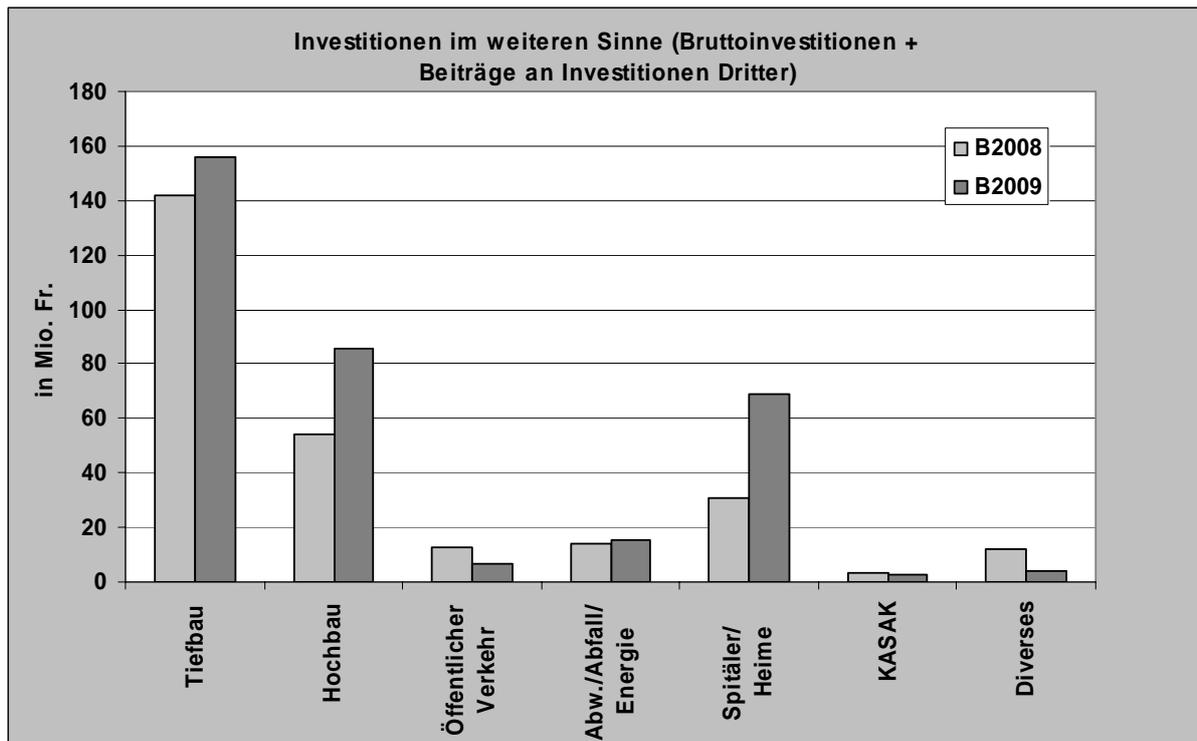


Table 10: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte (Investitionsausg. in Mio. Fr).

Bereich	Projekt	Kredit	R 2007	B 2008	B 2009	F 2010	F 2011	F 2012
Tiefbau	H2 Pratteln - Liestal *	248	8.2	45	60	40	25	20
	Erneuerungen Kantonsstrassen		15.7	15	15	15	15	15
	Ausbau Kantonsstrassen		8.7	9	9	9	9	9
	Erneuerungen kantonale Hochleistungsstrassen		12.1	15	7	7	10	15
	Umfahrung Sissach	274	17.5	6	0.5	0.2	2	1
	H18 Tunnel Eggflue Tunnelsicherheit**				12	6	1	
Hochbau	UKBB Neubau (Anteil BL 1/2) *	80.9	4.2	28	27.7	25.8	0.8	
	Strafjustizzentrum Muttenz	68	0.3	2.1	2.1	10.7	25	27
	Haustechnikanlagen		1.2	1.8	2.5	4.5	4.5	4.5
	Um- und Ausbau von Gebäuden		4.8	5	8	12	12	12
	Kantonsmuseum Umbau / Sanierung**	6.8	0.2	0.3	3.3	3.1		
	Muttenz FHNW Landererwerb*/**	45			25			20
Spitäler	KS Bruderholz Sicherheitsmassn. Etappe 2	25			8	7		
	KS Bruderholz KSB 2000 Plus */**	386			15	12	70	70
	bauliche Massnahmen/Instandsetzung			6.5	10.7	10.7	10.7	10.7
	Maschinen/Apparate			5.2	13.8	9.2	10.4	7.5
Abwasser	Sanierung Biologie ARA Ergolz 2			2.5	4	1		
Abfall	Mischwasserbeh. Region Birstal	24.7	0.9	2.5	2.5	4	2.5	
Diverse	Polycom Sicherheitsfunknetz	19.9	3.5	9.3	2.1			

* Spezialfinanzierte Projekte

** Neu aufgenommene Projekte

Im Bereich Abwasser/Abfall/Energie betragen die Bruttoinvestitionen im Budget 2009 15.8 Mio. Franken. Das entspricht einem Anteil von 5.1%. Im Vordergrund stehen die Sanierung Biologie ARA Ergolz 2, die Mischwasserbehandlung der Region Birstal.

Des weiteren sind im Investitionsbudget die letzte Tranche für das Sicherheitsfunknetz Polycom eingeplant.

In der Laufenden Rechnung 2009 sind die folgenden Beiträge an Investitionen Dritter im Gesamtumfang von 42.0 Mio. Franken enthalten:

- Beiträge an Alters- und Pflegeheime: 16.0 Mio. Franken
- Beiträge an Trasseebau beim öffentlichen Verkehr: 16.7 Mio. Franken
- Beiträge an Regio S-Bahn: 6.9 Mio. Franken
- Beiträge an KASAK: 2.4 Mio. Franken.

7.3 Investitionsprogramm 2010 bis 2018

Das Investitionsprogramm wird mit einer rollenden Planung jährlich überarbeitet und prognostiziert die Investitionen über eine Periode von 10 Jahre. Beim Investitionsprogramm handelt es sich wie beim Finanzplan um ein Planungsinstrument, das noch keine Priorisierungen der Vorhaben umfasst. Bei einem 10jährigen Planungshorizont werden die Unsicherheiten entsprechend noch grösser.

Im kantonseigenen Bereich zeichnen sich folgende grosse Bauvorhaben ab:

- Bei den Sekundarschulbauten werden Instandsetzungsarbeiten und kleinere Investitionen ab 2011 jährlich mit 9.2 Mio. Franken zu Buche schlagen. Ab 2012 sind Neu- und Umbauten vorgesehen (Gesamtvolumen 100 Mio. Franken).
- FHNW, Muttenz, HLS: Gesamtvolumen 100 Mio. Fr. (ab 2010)
- FHNW, Muttenz PH/HSA: Gesamtvolumen 140 Mio. Fr. (ab 2010)
- Neubau Verwaltungsgebäude Liestal: Gesamtvolumen 60 Mio. Fr. (ab 2010)
- Der Neubau des Kantonsspitals Bruderholz beläuft sich inkl. Geriatriezentrum auf rund 546 Mio. Franken, wobei das Geriatriezentrum zu 50%, d.h. mit 80 Mio. Franken durch den Kanton Basel-Stadt mitgetragen werden soll. Die Vorfinanzierungen im Umfang von 240 Mio. Franken reichen nicht aus, um den ganzen Neubau zu finanzieren.
- H2, Gesamtkonzept Umfahrung Liestal (Gesamtvolumen von 160 Mio. Fr. ab 2012)
- Salina Raurica, Rheinstrasse: Gesamtvolumen 44 Mio. Fr. ab 2011)
- Für den Ausbau und den Erhalt der ARA F3 sind Gesamtausgaben in der Höhe von 31 Mio. Franken im Investitionsprogramm vorgesehen.

Das Investitionsprogramm zeigt, dass die Finanzierung der grossen Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Universität Basel in den kommenden Jahren eine grosse Herausforderung darstellt. Für alle Baukosten der Universität Basel kommt der Kanton Basel-Landschaft jeweils für die Hälfte des Betrags auf, für die andere Hälfte kommt der Kanton Basel-Stadt auf. Für die Jahre 2008 bis 2022 sind folgende Bauvorhaben geplant:

Zeitspanne	Gesamtinvestitionen	Anteil Basel-Landschaft
2008 - 2012	37 Mio. Fr.	18.5 Mio. Fr.
2013 - 2017	552 Mio. Fr.	276 Mio. Fr.
2018 - 2022	247.5 Mio. Fr.	123.75 Mio. Fr.
Total 2008 - 2022	836.5 Mio. Fr.	418.25 Mio. Fr.

Es handelt sich um folgende Bauvorhaben:

- Schällenmätteli: Neubau Spitalstrasse 41
- Volta: Neubau Anteil UNI
- Petersgraben 52 (Umbau Gewerbeschule, Erweiterungsbau Vesalgasse)
- Juristische Fakultät (Verlegung vom Jakob Burckhardt-Haus an neuen Standort)
- Wirtschaftswissenschaften (Verlegung vom Jakob Burckhardt-Haus an neuen Standort)
- Uni-Bibliothek (Neubau Spalengraben)

8 Finanzierungssaldo und Verschuldung

Im Voranschlag 2009 resultiert ein Finanzierungssaldo von -79.1 Mio. Franken, welcher zu einer entsprechenden Neuverschuldung führt. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz⁸ ist dies der Rahmen, in welchem der Regierungsrat Staatsanleihen auflegen kann. Es ist absehbar, dass der aufgrund der Neuverschuldung zusätzliche Kapitalbedarf mit eigenen Mitteln abgedeckt werden kann.

⁸ § 35 Absatz 1 Buchstabe f

Die im Jahr 2009 fälligen Schuldscheindarlehen im Gesamtbetrag von 100 Mio. Franken werden mit eigenen Mitteln zurückbezahlt, so dass sich die mittel- und langfristige Verschuldung Ende 2009 noch auf 696 Mio. Franken belaufen wird. Damit wird der Schuldenabbau konsequent fortgesetzt.

Zur Verschuldung des Kantons vergleiche auch die Ausführungen in Kapitel 11 zur Motion von Karl Willimann ([2007-307](#)).

9 Finanzplan 2009 – 2012

Der Finanzplan ist ein mehrjähriges Planungsinstrument und wird jährlich überarbeitet. Sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite ist der Finanzplan mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Dies gilt umso mehr, je weiter der Prognosezeitpunkt vom Zeitpunkt der Finanzplanerarbeitung entfernt liegt. Er basiert auf Annahmen betreffend Teuerung und Wirtschaftswachstum und enthält die von den Direktionen gemeldeten Projekte, ohne dass die konkrete Finanzierung bereits sichergestellt wäre. Im Rahmen des jeweiligen Budgetprozesses findet eine Präzisierung der Vorhaben und eine Überprüfung der Finanzierbarkeit statt. Die Vorhaben unterliegen einem Priorisierungsprozess: Notwendige Projekte bleiben im Budget, wünschbare Projekte werden auf später verschoben. Dieser Prozess führt dazu, dass die Prognosen für ein bestimmtes Finanzplanjahr immer schlechter sind als das entsprechende Budget. Der Finanzplan hat somit nicht den Charakter eines Businessplanes, welcher die vom Regierungsrat angestrebten finanziellen Zielgrössen abbildet. Der Finanzplan ist viel mehr eine "wenn-dann"-Planung, welche auf möglichst realitätsnahen Annahmen für die Zukunft ("wenn") basiert und deren finanzielle Auswirkungen auf den Kantonshaushalt ("dann") abschätzt.

Der vorliegende Finanzplan 2009 – 2012 basiert auf dem Budget 2009 und auf der Annahme einer weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung und einer leicht abgeschwächten Teuerungsentwicklung.

Table 11: Prognose der wirtschaftlichen Eckdaten (BAK, Stand Juli 2008) für die Finanzplanperiode.

Veränderungen in %	2009	2010	2011	2012
BIP real CH	1.6	1.9	2.0	2.0
Teuerung	1.6	1.3	1.3	1.3
Zinsen Kapitalmarkt	3.0	3.0	3.0	3.0

Im Finanzplan 2009-2012 wird von einem konstanten Volumen der Nettoinvestitionen von 165 Mio. Franken ausgegangen. Im Finanzplan sind folgende wichtigen Prognosen und Entwicklungen berücksichtigt:

Im *Personalaufwand* sind die Kosten des Teuerungsausgleichs von kumulativ 69 Mio. Franken bis ins Jahr 2012 berücksichtigt. Im Finanzplan ist kein Stellenausbau vorgesehen.

Bei den Steuern wird in der Finanzplanperiode ein kumuliertes Wachstum von 127 Mio. Franken prognostiziert. Im Finanzplan sind die Ertragsausfälle folgender Steuerreformen berücksichtigt: Ab 2010 Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer: -5 Mio. Franken (im Budget 2009 ist ein Ertragsausfall von 5 Mio. Fr. enthalten); ab 2010: Umsetzung Unternehmenssteuerreform II

des Bundes: -10 Mio. Franken; ab 2011: Revision der Vermögenssteuer: -30 Mio. Franken. Beim *Anteil an der direkten Bundessteuer* wird ein kumulierter Anstieg bis ins Jahr 2012 von 8 Mio. Franken prognostiziert.

Im *Sozialbereich* (Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (netto), Prämienverbilligung (netto)) werden bis ins Jahr 2012 Mehraufwendungen im Umfang von 14 Mio. Franken erwartet. *Die zweite Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung* wird ab 2012 zu einer Mehrbelastung von 40 Mio. Franken führen.

Im Finanzplan ist ferner eine kumulierte Mehrbelastung für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des 6. Leistungsauftrags von 11.3 Mio. Franken bis ins Jahr 2012 eingestellt. Für die Beiträge an *die Universität und an die Fachhochschule Nordwestschweiz* wird bis im Jahr 2012 von einer Erhöhung von ca. 4 Mio. Franken respektive 4.5 Mio. Franken ausgegangen.

Bei den Beiträgen an Investitionen Dritter berücksichtigt der Finanzplan die aktuell bekannten Vorhaben mit folgendem Mehraufwand gegenüber Budget 2009: 2010: ca. 5 Mio. Franken; 2011: ca. 35 Mio. Franken; 2012: ca. 20 Mio. Franken. Folgende grosse Vorhaben sind im Finanzplan enthalten (Liste nicht abschliessend): ERP-Projekt, Verbesserung des Informatik-Ausbaustandards, Einführung Fremdsprachen an Primarschulen.

Aus der Generellen Aufgabenüberprüfungen bestehen noch zwei Restanzen. Bei der Neustrukturierung der Sekundarschulkreise wird angenommen, dass die Entlastungen erst nach der Finanzplanperiode zu greifen beginnen. Die geplante Entlastung aus der fallorientierten Abgeltung in den Spitälern wird ab dem Jahr 2012 mit 3 Mio. Franken berücksichtigt.

Tabelle 12: Finanzplan 2009-2012.

in Mio. Fr.	R 2007	E 2008	B 2009	F 2010	F 2011	F 2012
Aufwand	2'728	2'755	2'757	2'830	2'896	2'938
Ertrag	2'751	2'823	2'754	2'790	2'810	2'863
Saldo Laufende Rechnung	23	68	-3	-40	-86	-75
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	113	194*	98	102	97.4	88.12
Selbstfinanzierung	136	262	95	62	11	13
Nettoinvestitionen	122	120	174	165	165	165
Finanzierungssaldo	14	142	-79	-103	-154	-152
Selbstfinanzierungsgrad	111%	218%	54%	38%	7%	8%

* inkl. a.o. Abschreibungen Nationalstrassen.

Der Finanzplan zeigt auf, dass sich im Finanzhaushalt in den kommenden Jahren eine Anspannung abzeichnet. Ab 2011 steigen die Defizite bei unbeeinflusster Entwicklung in die Grössenordnung von ca. 80 Mio. Franken. Dabei schlagen die geplanten Steuerreformprojekte mit kumuliert 45 Mio. Franken Ertragsausfall sowie die Mehrbelastung durch die 2. KVG-Revision mit 40 Mio. Franken im Jahr 2012 zu Buche. Im Hinblick auf diese grossen Vorhaben ist es notwendig, dass das Wünschbare vom Notwendigen unterschieden wird. Die Defizitbremse wird diese Zielsetzung nachhaltig unterstützen.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird die Rechnung 2008 mit einem Saldo der Laufenden Rechnung von ca. 68 Mio. Franken abschliessen. Der erwartete Saldo liegt somit um ca. 64 Mio. Franken über dem budgetierten Ertragsüberschuss von 4 Mio. Mio. Franken. Für diese Entwicklung hauptverantwortlich sind die deutlich über den Budgeterwartungen liegenden Steuererträge.

10 Geänderte Leistungsaufträge

Parallel zum Budget 2009 haben die Landeskantone und die Direktionen ihre Leistungsaufträge überprüft und wo erforderlich geändert. Die geänderten und vom Regierungsrat genehmigten Leistungsaufträge werden dem Landrat hiermit zur Kenntnis gebracht.

Der Regierungsrat hat die geänderten Leistungsaufträge 2009 der nachfolgend aufgeführten Dienststellen der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion, der Sicherheitsdirektion, der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie der Finanz- und Kirchendirektion genehmigt.

Übersicht über geänderte und vom Regierungsrat genehmigte Leistungsaufträge

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Der Leistungsauftrag des Generalsekretariats wurde aufgrund der im Rahmen des Zertifizierungs- und Akkreditierungsprozesses der Abteilung "Veterinär- Jagd und Fischereiwesens" prozessorientierten Aufgaben angepasst.

Die Leistungsaufträge des Vermessungs- und Meliorationsamtes sowie des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain wurden aufgrund des Wechsels der Fachstelle "Melioration" zum Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain angepasst.

Sicherheitsdirektion

Der Leistungsauftrag des Generalsekretariats erfuhr aufgrund von organisatorischen Anpassungen und einer neuen Produktegruppe (Fachstelle Integration) Anpassungen. Die organisatorische Änderung betrifft die Produktegruppen Vormundschaftswesen, Zivilstandswesen, Bürgerrechtswesen, Stiftungsaufsicht und Handelsregister (neu Eingliederung in die Bezirksschreiberei Arlesheim). Die Fachstelle für Integration wird als neuer Fachbereich im Generalsekretariat geführt.

Bau- und Umweltschutzdirektion

Im Leistungsauftrag des Hochbauamts wurden die Ziele, Indikatoren und Standards an die Empfehlungen der Schweizerischen Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) angepasst. Das Telefoniewesen ist neu in der Verantwortung der Zentralen Informatik Dienste (ZID) der FKD.

Im Leistungsauftrag des Lufhygieneamts beider Basel fallen gewisse Produkte bzw. Elemente der Produkte weg und es werden zusätzliche Standards formuliert.

Im neuen Leistungsauftrag des Tiefbauamts fällt die Produktgruppe "Nationalstrassen" weg (NFA). Der betriebliche Unterhalt der Kantonalen Hochleistungsstrassen wurde an die Nationalstrassen Nordwestschweiz AG (NSNW) übertragen. Die Infrastrukturbauten "Werkhöfe" gehören neu in den Zuständigkeitsbereich des Hochbauamts. Die administrative Betreuung der Task Force Anti Stau (TFAS) gehört neu zum Aufgabenbereich des Tiefbauamts.

Finanz- und Kirchendirektion

Die Leistungsaufträge des Generalsekretariats und der Finanzverwaltung haben aufgrund von organisatorischen Anpassungen Änderungen erfahren.

11 Abschreibung der Motion von Karl Willimann, SVP: Schuldenabbau des Kantons in guten Zeiten angehen ([2007-307](#))

Der Wortlaut der als Postulat überwiesenen Motion lautet wie folgt:

"Basel-Landschaft wird von internationalen Rating Agenturen mit einem hohen Bonitätswert - dem sogenannten Triple A - sowohl für die Kantonalbank wie auch für die Finanzlage des Kantons bewertet. Trotzdem muss festgestellt werden, dass der Kanton ca. 900 Millionen Fr. mittel- und langfristige Schulden in Form von Anleihen und Darlehen hat. In den letzten Jahren waren die defizitären Budgetvoranschläge in der Mehrheit, die Rechnungen fielen allerdings dank dem guten Gang der Wirtschaft erfreulicherweise positiv aus. Kein anderer Kanton in der Schweiz unterstützt dabei einen Nachbarkanton derart, wie das bei Basel-Landschaft zugunsten von Basel-Stadt der Fall ist. Mittlerweile belaufen sich die vertraglich vereinbarten Ausgleichs- und Beteiligungszahlungen auf 264 Mio. Fr. pro Jahr.

Bezüglich Steuern für die natürlichen und juristischen Personen rangiert Basel-Landschaft im Vergleich mit den anderen Kantonen im unvorteilhaften mittleren und letzteren Teil. Bei der Höhe der Vermögenssteuer ist unser Kanton Spitzenreiter in der Schweiz und hat deshalb auch potenzielle Steuerzahler an die Kantone Zug und Schwyz verloren. Generell muss darauf hingewiesen werden, dass die Finanzlage unseres Kantons weitgehend vom Konjunkturverlauf der chemischen und pharmazeutischen Industrie abhängt. Insofern besteht ein beachtliches Klumpenrisiko. Sollte diese Industrie einmal kriseln, würde für die kantonalen und kommunalen Finanzen sowie auch für die Bürgerinnen und Bürger der Nordwestschweiz eine schwierige Situation entstehen. "Spare in der Zeit, so hast Du in der Not !" Dieses Sprichwort sollte wie bei den privaten Haushalten auch für den Kanton Gültigkeit haben. Dies in Feststellung, dass die Wirtschaft seit einigen Jahren sehr gut läuft und die Steuereinnahmen entsprechend über den langfristigen Finanzplänen und Erwartungen liegen. Dadurch ist der Zeitpunkt für einen Schuldenabbau günstig. Zielsetzung der Motion ist es, mit der Schaffung eines Schuldentilgungsfonds die mittel- und langfristigen Schulden zum jeweiligen Zeitpunkt der Schuldenanfälligkeit ohne die Aufnahme von neuen Krediten zu tilgen. Der Fonds soll mit der Einstellung der nötigen finanziellen Mittel im jährlichen Budget entsprechend der Zielsetzung eines hälftigen Schuldenabbaus in 10 Jahren auf 450 Mio Fr. geäuft werden. Im Finanzhaushalt des Kantons ist der Fonds als Aktivposten zu verbuchen.

Der Regierungsrat wird beauftragt,

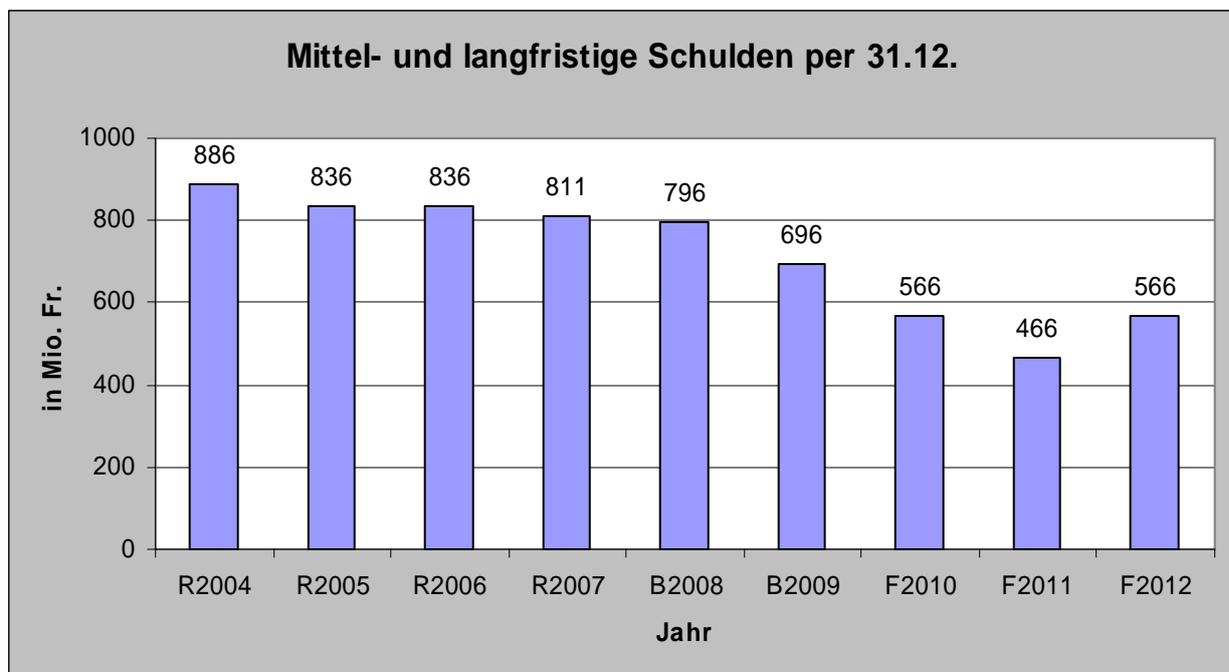
eine Vorlage an den Landrat auszuarbeiten, welche zum Ziel hat, mittels eines Schuldentilgungsfonds die mittel- und langfristigen Kantonsschulden innert 10 Jahren um die Hälfte auf 450 Millionen Fr. abzubauen."

Stellungnahme des Regierungsrates:

1. Verschuldung des Kantons Basel-Landschaft

Per Ende 2007 betrug der Schuldenstand gemessen am mittel- und langfristigen Fremdkapital 811.7 Mio. Fr. (ohne Berücksichtigung des Dotationskapitals für die Basel-Landschafts Kantonalbank). Die Entwicklung der Schulden weist seit 2004 einen sinkenden Trend auf, und die Verschuldung wird in den kommenden Jahren weiter abgebaut (vgl. nachfolgende Graphik). Der Schuldenabbau erfolgt auf der Basis der vorhandenen Fälligkeitsstruktur über mehrere Jahre hinweg und kann aufgrund der ausserordentlichen Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank im Jahr 2005 und den positiven Rechnungsabschlüssen aus eigenen Mitteln geleistet werden. Wie bereits in der Vorlage zur Staatsrechnung 2005 ausgeführt (LRV 2006-086) wird der gesamte Nationalbankgewinn für den Schuldenabbau eingesetzt. Die Schulden werden in den kommenden Jahren bis auf rund 466 Mio. Franken abgebaut werden können.

Abbildung 8: Entwicklung der mittel- und langfristigen Schulden



Es ist absehbar, dass die Verschuldung ab 2012 wieder ansteigen wird. Grosse Investitionsvorhaben, wie die Übernahme der Sekundarschulbauten und der Neubau des Kantonsspitals Bruderholz, können nicht mit eigenen Mitteln finanziert werden, so dass die Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital unvermeidbar sein wird.

Die Verschuldung des Kantons Basel-Landschaft ist über mehrere Jahre aufgrund von nicht vollständig eigenfinanzierten Investitionsausgaben entstanden. Die Verschuldung resultiert also nicht aus konsumtiven Staatsausgaben sondern lediglich aus investiven Staatsausgaben. Der Kanton hat denn auch ein Eigenkapital, das sich per Ende 2007 auf 208.1 Mio. Fr. belief. Mit einer Verschuldung, welche aus investiven Staatsausgaben resultiert, findet nicht unbedingt eine Lastenabwälzung auf zukünftige Generationen statt. Denn Investitionen kommen auch künftigen Generationen zu Gute, so dass diese auch an der Finanzierung beteiligt werden sollten. Zukünftige Generationen ziehen aus staatlichen Infrastrukturinvestitionen (z.Bsp. Bau von Verkehrswe-

gen oder Schulen) einen Nutzen. Öffentliche Investitionen können auch zur Verbesserung zukünftiger Wachstumsmöglichkeiten beitragen.

Ein negativer Faktor einer zu hohen Verschuldung ist der damit einhergehende steigende Schuldendienst. Darum sollten auch Investitionen zu einem grossen Teil eigenfinanziert sein, so dass der Schuldendienst den Handlungsspielraum im Staatshaushalt nicht zu stark einengt. Die Kennziffer Zinsbelastungsanteil zeigt, wie viel Prozent der Aufwand für Passivzinsen nach Abzug des Nettovermögensertrags vom bereinigten Ertrag ausmacht. Der Zinsbelastungsanteil ist seit Jahren negativ, d.h. die Nettovermögenserträge sind höher als die Passivzinsen. Die Verschuldung des Kantons Basel-Landschaft ist also auch gemessen an der Zinsbelastung tragbar.

Zur ganzheitlichen Betrachtung der Verschuldung eines öffentlichen Haushalts gehört der Einbezug der Vermögensseite. Allerdings sind mit der Berücksichtigung der Vermögensseite Bewertungsprobleme verbunden, und ein grosser Teil des Vermögens, nämlich das Verwaltungsvermögen, ist untrennbar verbunden mit der staatlichen Aufgabenerfüllung und kann nicht veräussert werden. Die Kenngrösse Nettoschuld (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) berücksichtigt daher nur das Finanzvermögen, wo die Bewertungsprobleme vergleichsweise gering sind.

Die Staatsbilanz präsentiert sich per 31.12.2007 wie folgt:

Table 13: Bilanz per 31.12.2007, in Mio. Fr.

Aktiven		Passiven	
FINANZVERMÖGEN	1'875	FREMDKAPITAL	2'664
Flüssige Mittel, Guthaben	1105.7	Laufende Verpflichtungen und kurzfristige Schulden	828.3
Anlagen Finanzvermögen	363.8	Mittel- und langfristige Schulden	811.7
Aktive Rechnungsabgrenzungen	405.5	Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungen	553.3
VERWALTUNGSVERMÖGEN	997.3	Verpflichtungen gegenüber Fonds, Vorfinanzierungen	470.8
Dotationskapital BLKB	160.0	Dotationskapital BLKB	160.0
Bilanzsumme	3032.3	EIGENKAPITAL	208.1
		Bilanzsumme	3032.3

Vom Fremdkapital von 2'664 Mio. Franken (ohne Anleihen von 160 Mio. Fr., welche für die Gewährung des Dotationskapitals für die Kantonalbank aufgenommen worden sind) wird das Finanzvermögen von 1'875 Mio. Franken abgezogen. Dies ergibt eine Nettoschuld von 789 Mio. Fr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Finanzvermögen noch rund 300 Mio. Franken stille Reserven beinhalten dürfte. Mit dieser Bewertungskorrektur ergibt sich eine moderate Nettoschuld von knapp 500 Mio. Franken oder 1366 Fr. pro Kopf.

2. Finanzpolitische Instrumente zur Begrenzung der Verschuldung

Die Kantonsverfassung enthält das finanzpolitische Ziel, wonach der Finanzhaushalt auf die Dauer ausgeglichen sein muss. Zudem sind die Aufgaben periodisch auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Die Defizitbremse ist das wichtigste Instrument zur Unterstützung der verfassungsmässigen Ziele und zur Begrenzung der Defizite und damit auch der Verschuldung. Die Defizitbremse und der damit verbundene Sanktionsmechanismus sorgen dafür, dass langfristig die Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht sind und die Verschuldung stabilisiert wird. Zudem muss der Staatshaushalt in erster Priorität mit Massnahmen auf der Ausgabenseite saniert werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Schulden des Kantons Basel-Landschaft vergleichsweise tief sind. Die Vermögenserträge sind höher als die Passivzinsen, so dass der Schuldendienst tragbar ist. In den kommenden Jahren wird die Verschuldung bis auf 466 Mio. Franken abgebaut. Mit der Defizitbremse existiert ein finanzpolitisches Instrument, das sicherstellt, dass die Verschuldung stabilisiert wird. Der Regierungsrat unterstützt das vom Motionär verfolgte Ziel des Schuldenabbaus in guten Zeiten. Dieser Schuldenabbau wird jedoch auch ohne Schaffung eines speziellen Fonds erreicht.

Antrag des Regierungsrates:

Das Postulat kann als erfüllt abgeschrieben werden.

12 Anträge

1. Dem Budget 2009 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'757.2 Mio. Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 97.8 Mio. Franken) und einem Ertrag von 2'754.0 Mio. Franken, was einen Aufwandsüberschuss von 3.2 Mio. Franken ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2009 mit Ausgaben von 294.8 Mio. Franken und Einnahmen von 121.1 Mio. Franken, ergebend einen Ausgabenüberschuss von 173.7 Mio. Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandsüberschuss in der Laufenden Rechnung von 3.2 Mio. Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 97.8 Mio. Franken, einem Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung von 173.7 Mio. Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 79 Mio. Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.
4. Die geänderten Leistungsaufträge der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, der Sicherheitsdirektion, der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie der Finanz- und Kirchen- direktion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz haben diese Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz.
5. Mit beiliegendem Dekret zum Steuerfuss 2009 wird der Steuerfuss für die Einkommens- steuer natürlicher Personen für das Jahr 2009 auf 100% festgelegt.
6. Die Motion von Karl Willimann, SVP: Schuldenabbau des Kantons in guten Zeiten ange- hen ([2007-307](#)) (überwiesen als Postulat) wird als erfüllt abgeschrieben.

Liestal, 9. September 2008

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Ballmer

Der Landschreiber:
Mundschin

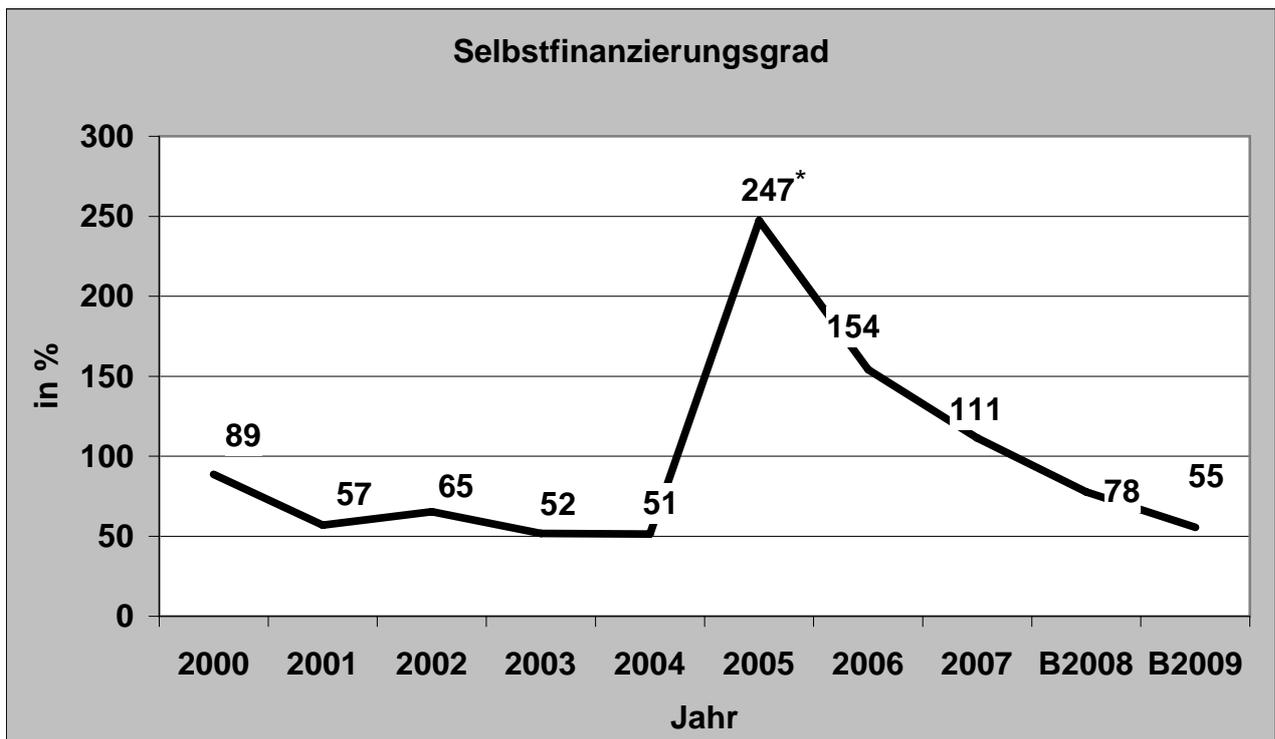
13 A Anhang

14 A.1 Entwicklung Staatshaushalt und Kennzahlen

14.1 A.1.1 Entwicklung Staatshaushalt

Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand der wichtigsten Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

Abbildung 9: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen).

Abbildung 10: Entwicklung Saldo der Laufenden Rechnung und Wirtschaftswachstum.

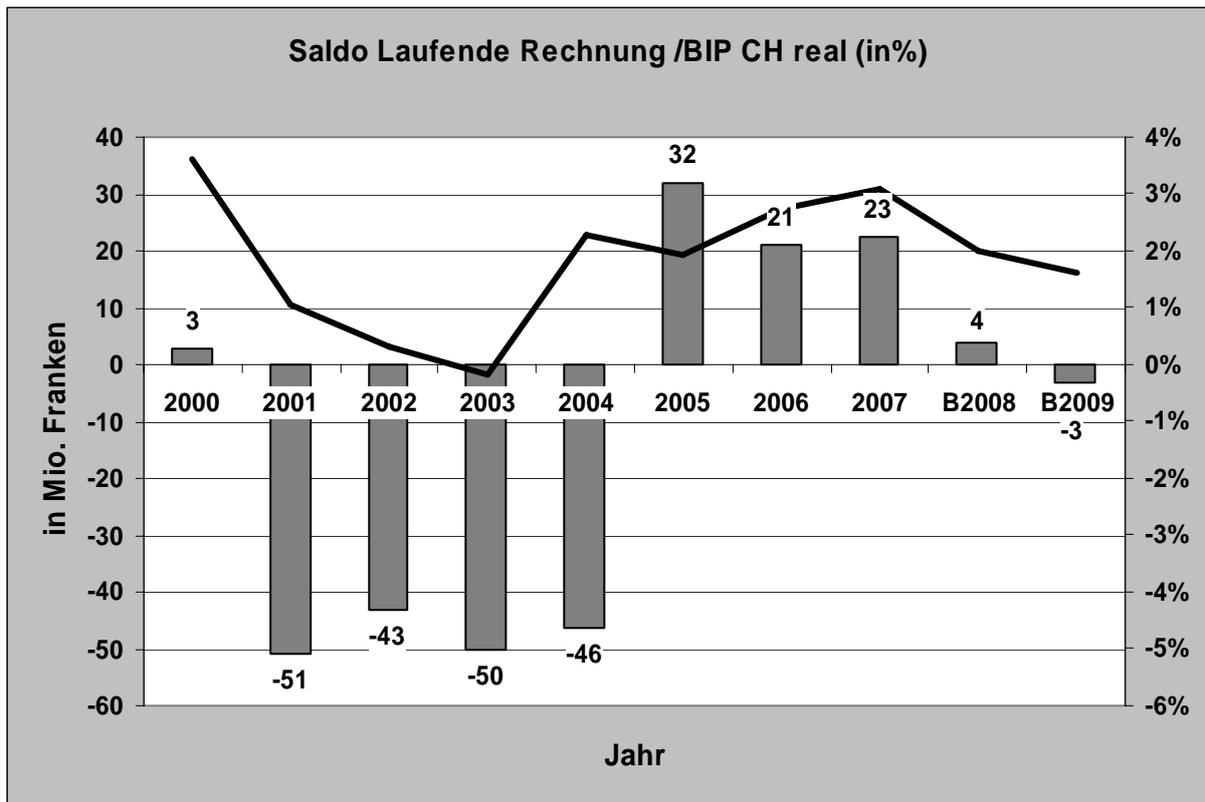
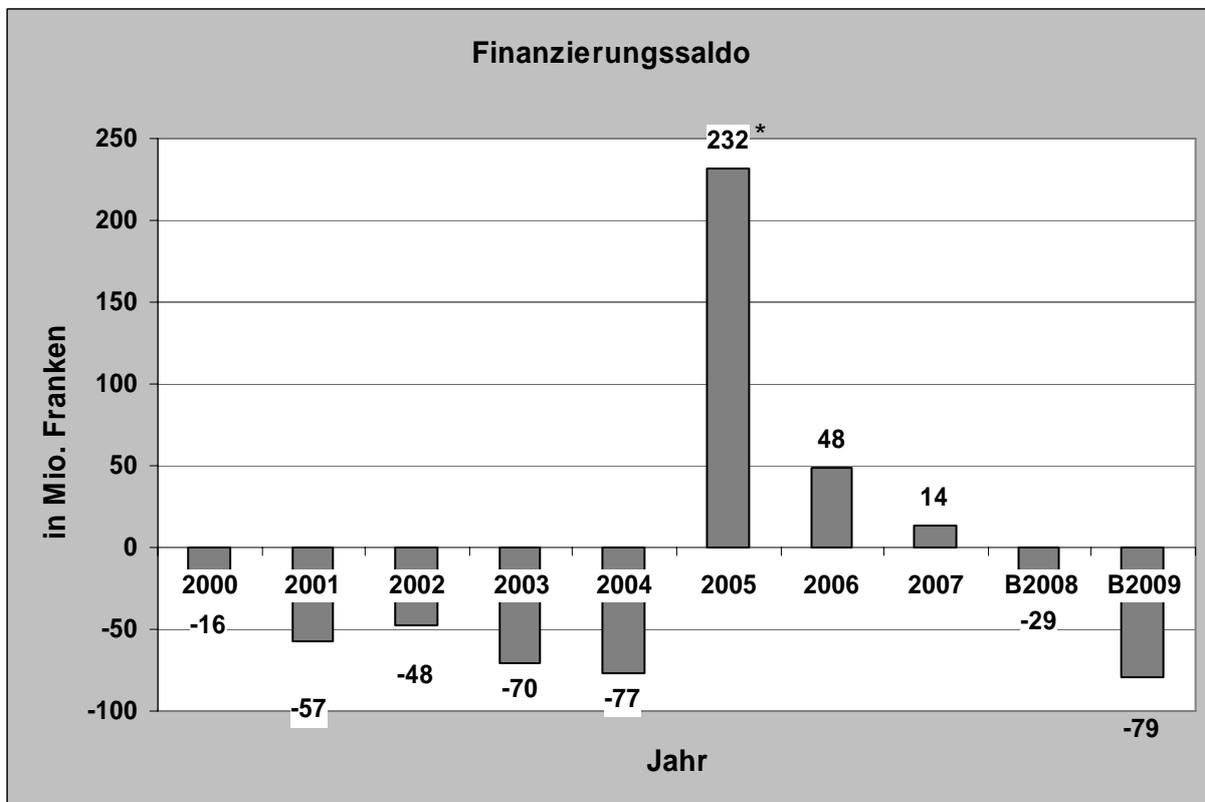


Abbildung 11: Entwicklung Finanzierungssaldo.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen).

Abbildung 12: Entwicklung Eigenkapital.

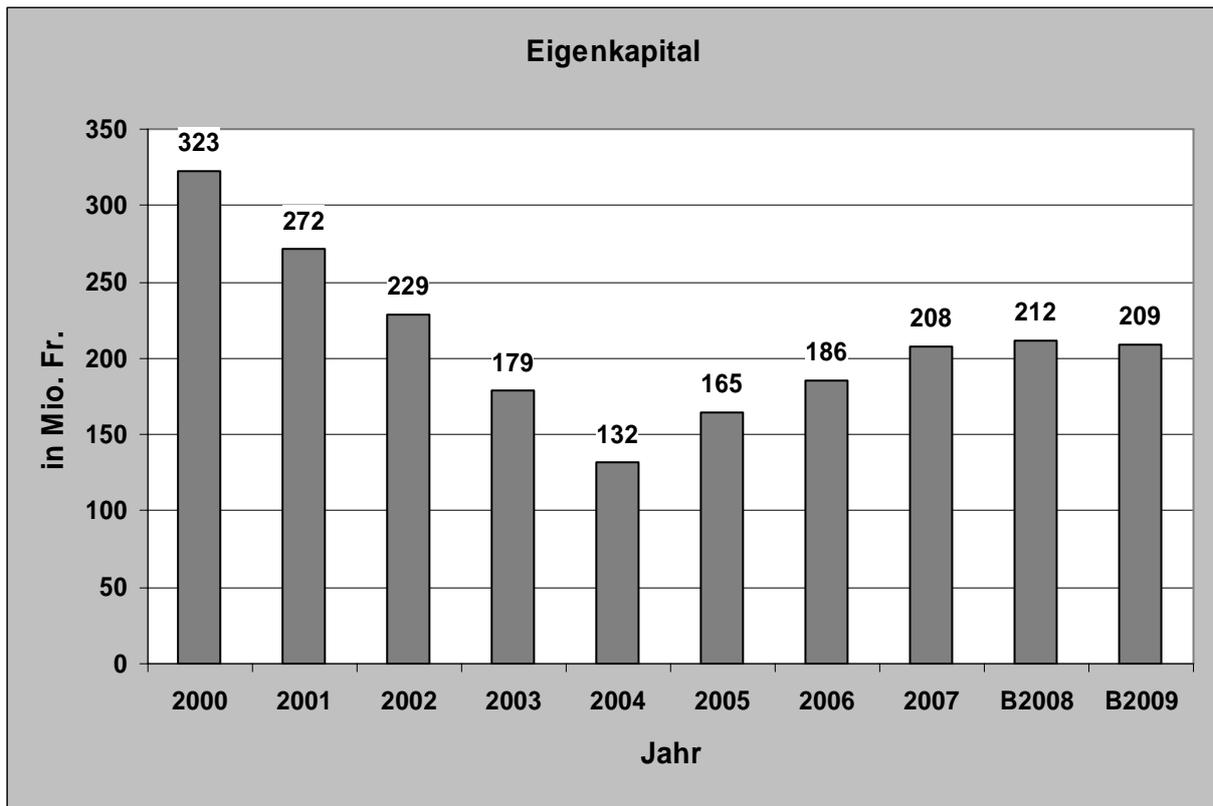
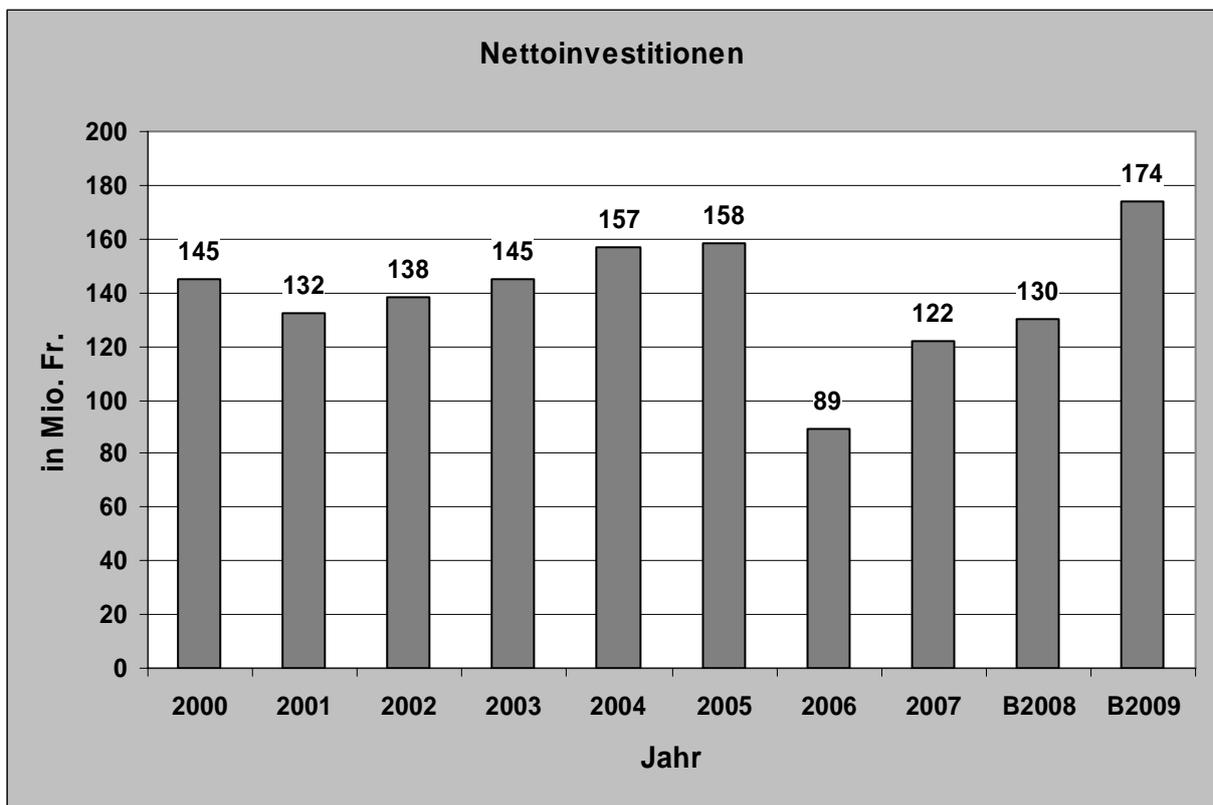


Abbildung 13: Entwicklung Nettoinvestitionen.



14.2 A. 1.2 Weitere Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushalts kann anhand weiterer ausgewählter Finanzkennzahlen (für die Definitionen vgl. Tabelle 15) beurteilt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kennzahlen, die sich auf das Volkseinkommen beziehen (Staats-, Steuer- und Investitionsquoten) für die Jahre 2006-2009 auf Prognosewerten des Volkseinkommens basieren, da der Bund noch keine Daten über das kantonale Volkseinkommen dieser Jahre publiziert hat.

Tabelle 14: Finanzkennzahlen.

in %	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	B 2008	B 2009
Staatsquote	16.9%	17.0%	16.4%	16.3%	16.8%	17.0%
Steuerquote	8.8%	10.3%	9.3%	8.7%	8.4%	8.4%
Brutto-Investitionsquote	1.4%	1.5%	1.3%	1.4%	1.4%	1.8%
Netto-Investitionsquote	1.1%	1.1%	0.6%	0.8%	0.8%	1.0%
Selbstfinanzierungsgrad	51.2%	247.3%	154.0%	111.4%	77.5%	54.5%
Neuverschuldungsgrad	48.8%	-147.3%	-54.0%	-11.4%	22.5%	45.5%
Kapitaldienstanteil	4.0%	3.1%	1.8%	1.4%	1.9%	1.6%
Zinsbelastungsanteil	-1.3%	-1.1%	-2.1%	-2.4%	-1.8%	-2.0%
Investitionsanteil	8.7%	7.4%	7.4%	8.4%	8.7%	11.1%
Transferanteil	41.6%	34.3%	39.1%	40.9%	41.8%	40.8%

Gegenüber dem Vorjahresbudget steigt die **Staatsquote** um 0.2 Prozentpunkte. Das heisst, die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons steigen leicht stärker als das Volkseinkommen. Mitverantwortlich sind auch die stark gestiegenen Investitionsausgaben, welche in den konsolidierten Gesamtausgaben enthalten sind.

Die **Steuerquote** bleibt konstant auf 8.4%. Das heisst, die Entwicklung der Steuereinnahmen des Kantons (exkl. Verkehrssteuern) verlaufen im Gleichschritt mit dem Wachstum des Volkseinkommens. In der Zeitreihe der Tabelle 14 sind die Effekte der ausserordentlichen Steuererträge in den Jahren 2005 und 2006 sowie die Auswirkungen der Steuerreformen 2007 und 2008 deutlich erkennbar.

Der Anstieg der Investitionsausgaben schlägt sich in einer Zunahme der **Bruttoinvestitionsquote** von 1.4 % auf 1.8 % nieder. Durch die Erhöhung der Nettoinvestitionen steigt die **Nettoinvestitionsquote** um 0.2 Prozentpunkte an.

Der **Neuverschuldungsgrad** steigt von 22.5% auf 45.5%. Das heisst, dass 2009 ca. 55 % der Investitionen ohne Neuverschuldung selbst finanziert werden können.

Der **Kapitaldienstanteil** verzeichnet eine Abnahme von 0.3 Prozentpunkten. Dies ist vor allem bedingt durch das Wachstum des bereinigten Ertrags.

Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ, da der Nettovermögensertrag grösser bleiben wird als die Passivzinsen. Da die Bruttoinvestitionen und der bereinigte Ertrag zunehmen, resultiert beim **Investitionsanteil** eine Zunahme um 2.4 Prozentpunkte.

Da die Transferausgaben proportional weniger stark steigen als die konsolidierten Gesamteinnahmen sinkt der **Transferanteil** um 1 Prozentpunkt.

Table 15: Definition Finanzkennzahlen.

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ⁹ in % des Volkseinkommens ¹⁰
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens.
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ¹¹ in % des bereinigten Ertrags ¹² .
Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ¹³ .

⁹ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

¹⁰ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baselbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2004. Die Zahlen für 2005 bis 2008 sind aufgrund der für diese Jahre angenommenen Wachstumsraten des kantonalen Volkseinkommens hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2004 und neue Wachstumsprognosen der BAK vorliegen.

¹¹ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

¹² Ertrag Laufende Rechnung abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

¹³ Gesamteinnahmen abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

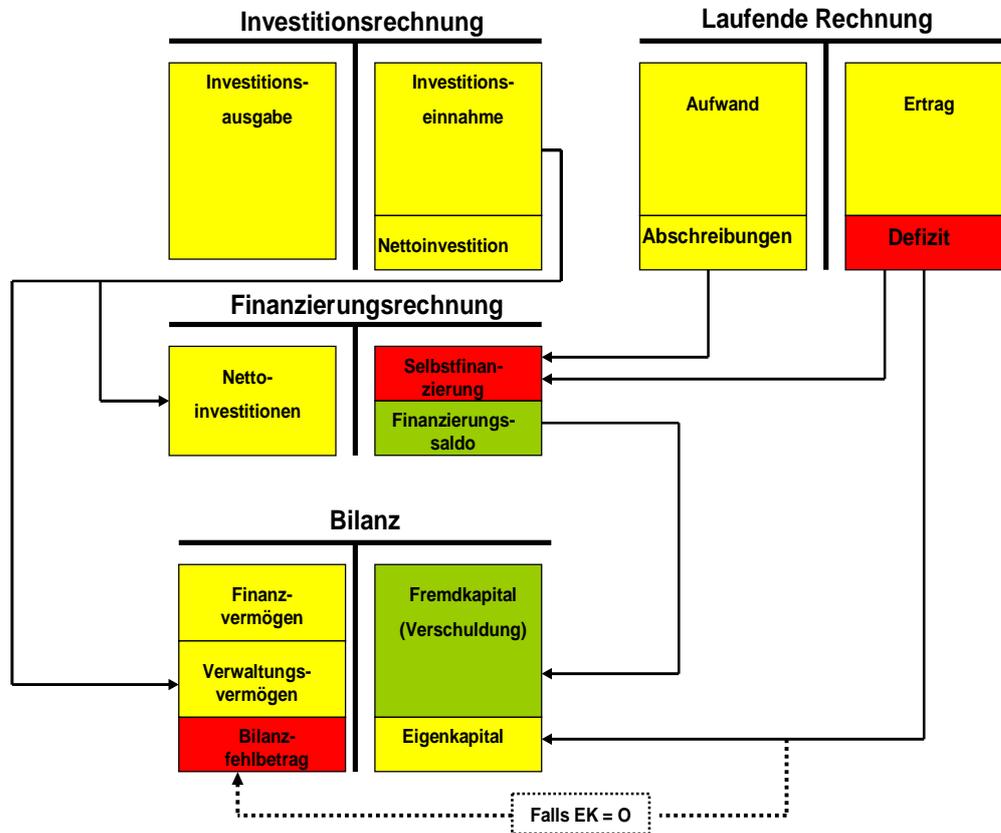
15 A.2 Glossar

Abschreibungen	Abschreibungen bilden den Wertverzehr einer Anlage durch ihren Gebrauch ab. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz wird das Verwaltungsvermögen mit 10% des Restbuchwertes abgeschrieben.
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	Gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.
Aufwand	Monetäre Bewertung der in einer Rechnungsperiode verbrauchten oder verzehrten Güter und Dienstleistungen, z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw.. Ausgaben, die Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzung schaffen und den Betrag von Fr. 200'000.- übersteigen, werden in der Investitionsrechnung verbucht und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.
Beiträge an Investitionen Dritter	Geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger dauerhafte Vermögenswerte begründet werden. Diese Beiträge werden in der Laufenden Rechnung verbucht.
Beiträge für eigene Rechnung	Eingehende Beiträge in der Laufenden Rechnung, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Das BIP misst die gesamte Produktion zu aktuellen Marktpreisen, die während eines Jahres durch sämtliche im Inland ansässigen Unternehmen realisiert wurden.
Bruttoinvestitionen	vgl. Investitionsausgaben
Cash Flow	Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.
Eigene laufende Beiträge	Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.
Eigenkapital	Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung. Es dient zur Verminderung oder Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen.
Einlagen in Spezialfinanzierungen	Vgl. auch Spezialfinanzierung. Aufwand für die Einlage in eine Spezialfinanzierung. Diese führt zu einer entsprechenden Gutschrift im Zweckvermögen (Fonds).
Entgelte	Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spitäler und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), ferner Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten.
Entschädigungen an Gemeinwesen	Entschädigungen an ein Gemeinwesen, das für ein anderes ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des eigenen Gemeinwesens ist. Die Entschädigung wird aufgrund der Kosten der Aufgabe bemessen.
Ertrag	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Der Ertrag ist das Ergebnis des jährlichen Dienstleistungsprozesses des Gemeinwesens.

	Im HRM2 bezeichnet der Ertrag den gesamten Wertzuwachs innerhalb einer bestimmten Periode.
Finanzierungssaldo	Der Finanzierungssaldo ist der Saldo der Finanzierungsrechnung. Bei einem positiven Saldo sind die Nettoinvestitionen vollständig durch Abschreibungen und den Saldo der Laufenden Rechnung finanziert. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Nettoinvestitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden müssen.
Finanzplan	Der Finanzplan ist ein mehrjähriges Planungsinstrument, welches die mutmassliche und unbeeinflusste Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Laufenden Rechnung und die geplanten Investitionsausgaben und -einnahmen aufzeigt. Er basiert auf Annahmen betreffend Teuerung und Wirtschaftswachstum und enthält die von den Direktionen gemeldeten Projekte, ohne dass die konkrete Finanzierung in allen Fällen bereits sichergestellt wäre. Der Finanzplan hat nicht den Charakter eines Businessplanes, welcher die vom Regierungsrat angestrebten finanziellen Zielgrössen abbildet. Der Finanzplan ist viel mehr eine "wenn-dann"-Planung, welche auf möglichst realitätsnahen Annahmen für die Zukunft ("wenn") basiert und die finanzielle Auswirkungen auf den Kantonshaushalt ("dann") abschätzt.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der Erfüllung öffentlicher Verwaltungsaufgaben jederzeit veräussert werden können.
Fonds	Zweckvermögen, das aus Spezialfinanzierungen stammt. Einnahmen und Ausgaben von Fonds werden nicht über die Laufende Rechnung gebucht sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet. Die einzelnen Fondsrechnungen werden jeweils im Anhang zur Staatsrechnung aufgezeigt.
Globalbudget	Das Globalbudget der Spitalbetriebe ist ein Voranschlagskredit der Laufenden Rechnung. Dieser wird als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Das Globalbudget basiert auf dem Leistungsauftrag und der Leistungsvereinbarung der Spitalbetriebe.
Interne Verrechnung	Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb der kantonalen Verwaltung.
Investitionen im weiteren Sinne	Investitionen im weiteren Sinne umfassen die Ausgaben in der Investitionsrechnung und die Beiträge an Investitionen Dritter (Laufende Rechnung).
Investitionsausgaben	Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten, welche den Betrag von 200'000 Franken überschreiten. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren z.L. der Laufenden Rechnung abgeschrieben (10% vom Restbuchwert).
Investitionseinnahmen	Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter (z.B. vom Bund oder aus Spezialfinanzierungen) zur Finanzierung der Investitionsausgaben.
Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung ist eine separate Rechnung, die sämtliche Investitionsausgaben und -einnahmen für Anlagen im Verwaltungsvermögen enthält, die den Betrag von 200'000 Franken überschreiten.
Laufende Rechnung	Rechnung, die sämtliche Aufwands- und Ertragspositionen einander gegenüberstellt. Die Laufende Rechnung entspricht der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft. Der Saldo der Laufenden Rechnung verändert das Eigenkapital oder den Bilanzfehlbetrag.
Nettoinvestitionen	Investitionsausgaben abzüglich der Investitionseinnahmen. Die Nettoinvestitionen werden in der Rechnung des nachfolgenden

	Jahres aktiviert und abgeschrieben.
Passivzinsen	Zinsen für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital).
Personalaufwand	Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Aufwand für Personalrekrutierung, Ausbildung, Naturalleistungen, Zulagen. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter und Teuerungszulagen an Pensionierte.
Regalien und Konzessionen	Erträge aus Regalien und Monopolen, aus der Erteilung von Patenten sowie aus der Verleihung von Konzessionen.
Reporting	Das regelmässige und systematische Reporting ist ein zentrales Element des Controllings. Es dient der Berichterstattung und soll komplexe Zusammenhänge und Ergebnisse des Controlling übersichtlich und einfach darstellen. Das Reporting liefert Argumente für die Entscheidungsfindung, was dazu beiträgt, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Zudem soll es ermöglichen, Informationen über die Massnahmen im Hinblick auf die Berichterstattung bedürfnis- und zeitgerecht aufzuarbeiten.
Rückerstattung von öffentlichen Gemeinwesen	Rückerstattungen von einem Gemeinwesen, für welches das eigene Gemeinwesen ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Rückerstattung wird aufgrund der Kosten der Aufgabe bemessen.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe meist noch nicht genau abschätzbare Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt auf einem Ereignis in der Vergangenheit.
Sachaufwand	Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a.), die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.
Selbstfinanzierung	Summe aus dem Saldo der Laufenden Rechnung und den Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Die Selbstfinanzierung gibt an, bis zu welchem Betrag die Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die Selbstfinanzierung vergleichbar mit dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen.
Selbstfinanzierungsgrad	Selbstfinanzierung in Prozent der Nettoinvestitionen (Saldo der Investitionsrechnung). Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren kann.
Spezialfinanzierungen	Eine Spezialfinanzierung ist die vollständige oder teilweise Zweckbindung von Einnahmen für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Die Bildung einer Spezialfinanzierung benötigt eine gesetzliche oder rechtlich gleichwertige Grundlage.
Vermögenserträge	Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inkl. Ablieferung der Gewinne der unselbständigen eigenen Anstalten sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar und dauernd der Erfüllung öffentlich-rechtlich festgelegter Verwaltungsaufgaben dienen.

16 A.3 Graphik Zusammenhänge zwischen Laufender Rechnung, Investitionsrechnung, Finanzierungsrechnung und Bilanz



Dekret über den Steuerfuss 2009

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 19^{bis} des Gesetzes vom 7. Februar 1974¹⁴ über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) sowie gestützt auf § 32b Absatz 4 Bst. a des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987¹⁵, beschliesst:

§ 1 Steuerfuss 2009

Der kantonale Einkommenssteuerfuss für das Steuerjahr 2009 beträgt 100%.

§ 2 In-Kraft-Treten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2009 in Kraft

¹⁴ GS 35.0000, SGS 331

¹⁵ GS 35.0000, SGS 310